

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr 179 sept 2024 3,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



Protest gegen die Stationierung
von Pershing-II-Raketen in
Mutlangen, 3. September 1983



- Stationierung von US-Raketen in Deutschland
- Artists against the Bomb
- Interview mit Tilman Ruff

**Abrüstung statt Eskalation:
Aufstehen gegen die atomare Bedrohung**

Sie zahlen Ihren Mitgliedsbeitrag per Überweisung oder Dauerauftrag?

Bitte verwenden Sie dafür unsere Bankverbindung bei der GLS-Bank:

IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01

BIC: GENODEM1GLS

Sie können Ihren Mitgliedsbeitrag auch unkompliziert per Lastschrift zahlen. Indem Sie uns ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen, wird Ihr Mitgliedsbeitrag automatisch von Ihrem Konto eingezogen.



Liebe Mitglieder, haben Sie Neuigkeiten für uns?
Bitte denken Sie daran, die Geschäftsstelle zu informieren.
Für Ihre Änderungen können Sie dieses Formular nutzen.

- Bei mir gibt es eine Änderung:
- Kontaktdaten / Adresse
 - Bankverbindung
 - Studium beendet Anderes

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

E-Mail _____ Telefon _____

Unterschrift _____

IPPNW
Deutsche Sektion
Frankfurter Allee 3
10247 Berlin



Dr. Lars Pohlmeier
ist Co-Vorsitzender der
deutschen IPPNW.



Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges sollen in Deutschland wieder US-Raketen stationiert werden, die Russland treffen könnten. Diese Entscheidung verschärft den internationalen Rüstungswettlauf. Wir bezweifeln, dass so ein Mehr an Sicherheit erreicht wird. Im Gegenteil: Statt die Reißleine zu ziehen, taumeln wir weiteren, auch atomaren Katastrophen entgegen.

Juli Hauschulz und Xanthe Hall fassen zusammen, warum die aktuellen Entwicklungen rund um die Raketenstationierung so gefährlich sind. Sollten in den nächsten Jahren auch Hyperschallwaffen in Deutschland stationiert werden, werden sie eine Frühwarnung so gut wie unmöglich machen. Der wissenschaftliche Beirat der IPPNW Prof. Dr. Götz Neuneck warnt vor der Raketenstationierung: Er empfiehlt Maßnahmen wie eine parlamentarische Debatte sowie eine eingehende Risikoanalyse und Rüstungskontrolle, um ein neues Wettrüsten einzudämmen.

Wie können wir uns als Ärzt*innen für atomare Abrüstung einsetzen? IPPNW Co-Präsident Tilman Ruff gibt in einem Interview Einblicke in den „evidenzbasierten Aktivismus“ – Ruff war mit ICAN 2017 bei den UN-Verhandlungen zum Atomwaffenverbot. Er ist Co-Autor des 2023 erschienenen Reports zu den Folgen von Atomtests.

Jakob Knappe hat im Juli 2024 mit einer IPPNW-Delegation an der NPT PrepCom teilgenommen. Er erläutert in seinem Artikel die Entstehung und die Perspektiven des Nichtverbreitungsvertrages (NPT). Die Konferenz ist ohne Ergebnisse zuende gegangen. Hier müssten Maßnahmen ergriffen werden, um den NPT wieder zu stärken und Vertrauen in die Rüstungskontrolle aufzubauen.

Die Fotos zu diesem Themenschwerpunkt stammen von „Artists against the Bomb“, einer Kampagne, die sich mit Schwarz-Weiß-Plakatkunst für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzt.

Eine anregende Lektüre wünscht – Ihr Dr. Lars Pohlmeier

Ukraine: 08
Der vorhersehbare Krieg



Mathias Reding / pexels.com

Garching: 16
Gesund durch den Reaktor?



Foto: Graf-Flugplatz / CC BY-SA 3.0

Raketenstationierung: 24
Nein zur Aufrüstung!



THEMEN

Ukraine – der vorhersehbare Krieg und das Blockdenken 8

Es geht um die Zukunft des Nahen Ostens 10

Was passiert heute in China 12

Spezialkrieg: Krieg gegen die Köpfe und Herzen
der Menschen 14

FRM II in Garching: Gesund durch den Reaktor? 16

Kasachstans nukleares Erbe 18

SCHWERPUNKT

Artists against the Bomb: Plakatkunst gegen Atomwaffen 20

Die Stationierung von US-Raketen verschärft
die nukleare Bedrohung 22

Stationierung von Mittelstreckensystemen in Deutschland 24

„Unsere Arbeit ist heute wichtiger denn je“ 26

Der Nichtverbreitungsvertrag: Ein kritischer Blick
auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft 28

WELT

Internationaler Appell zur Verhütung eines Atomkrieges 30

RUBRIKEN

Editorial 3

Meinung 5

Nachrichten 6

Aktion 31

Gelesen, Gesehen 32

Gedruckt, Geplant, Termine 33

Gefragt: Dr. Helmut Lohrer 34

Impressum/Bildnachweis 33

Es ist bezeichnend für die aktuelle „sicherheitspolitische“ Debatte, wie dieselben Protagonisten zugleich ziemlich widersprüchliche Positionen vertreten können und dabei von einem Großteil der Medien sekundiert werden.



Christoph Marischka ist Politikwissenschaftler und Mitglied im Vorstand der IMI.

Während der deutsche Verteidigungsminister Pistorius im Indopazifik unterwegs war, drohte die Situation zwischen Israel, dem Iran und seinen Verbündeten infolge der israelischen Angriffe auf Führungspersonen der Hamas und der Hisbollah in Beirut und Teheran drastisch zu eskalieren. Die iranische Führung drohte massive Vergeltung an, auf die sich Israel vorbereitet, während die Bevölkerung im Libanon offenbar massive israelische Luftschläge befürchtet. Die USA verlegen massiv Truppen in die Region und kündigten Israel militärische Unterstützung an. Entsprechende Forderungen, dass sich auch die Bundeswehr am Schutz Israels beteiligen sollte, erreichten Verteidigungsminister Boris Pistorius noch auf der Koreanischen Halbinsel, wo er erst einmal antwortete, das sei für ihn „gerade völlig unvorstellbar“ – um dann das Offensichtliche zu ergänzen, nämlich dass dafür ein Mandat des Bundestages nötig wäre. Außerdem zeigte er sich offen für andere Formen der militärischen Unterstützung. Damit war die Debatte freilich eröffnet. Als herausragender Protagonist positionierte sich Roderich Kiesewetter (CDU): „Angesichts der drohenden iranischen Attacke muss die Bundesregierung endlich aufwachen und Israel auch militärischen Beistand zur Abwehr anbieten“, sagte Kiesewetter dem SPIEGEL. Er ergänzte: „Denkbar ist die Betankung von Kampfflotten befreundeter Nationen, aber auch der Einsatz von eigenen Eurofightern der Bundeswehr, zum Beispiel zur Abwehr von iranischen Drohnen.“ ... Die Bundesregierung solle nicht warten, bis sie von Israel um Hilfe gebeten wird, sondern diese aus eigenem Antrieb anbieten und im Bundestag dafür werben.“

Trotz Bedrohung durch Russland eine nicht „verteidigungsbereite“ Bundeswehr in den Indopazifik zu schicken und nun auch noch beim großen Krieg mit dem Iran teilnehmen zu wollen – das passt irgendwie nicht zusammen. Dennoch entwickelt die Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr zum „Schutz Israels“ ihre Dynamik. Matthias Gebauer wies auf Spiegel online darauf hin, dass die Bundeswehr bereits in Jordanien vor Ort ist. Die Luftwaffe fliegt vom jordanischen Al-Azraq im Rahmen einer Antiterrormission seit Jahren Operationen über Syrien und dem Nord-Irak und verfügt über mehrere Flugzeugtypen, die zur Luftbetankung geeignet sind. „Im Parlament würde sich vermutlich eine breite Mehrheit für eine Beteiligung am Schutz Israels finden, wenn die Regierung dafür werben würde.“ Auf die mit solch einem Einsatz verbundenen Gefahren geht Gebauer mit keinem Wort ein – obwohl noch vor dem erwarteten, großen Angriff z.B. erneut US-Soldaten bei einem Raketenangriff auf einen Militärstützpunkt in Irak verletzt wurden.

Dies ist ein Auszug aus: IMI-Standpunkt 2024/19 vom 6.8.2024, ipnw.de/bit/imi



Start der Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza“



40 Jahre sind genug: Grenznahes AKW Leibstadt abschalten!



Sudan: Bevölkerung von lebensrettender Hilfe abgeschnitten

Sieben Organisationen haben im August die Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen und Hilfsblockade beenden!“ gestartet. Mit der Petition fordern namhafte NGOs gemeinsam mit lokalen Initiativen die Bundesregierung unter anderem dazu auf, keine Rüstungsgüter mehr nach Israel zu exportieren, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden. Die Bundesregierung hat bekräftigt, trotz zahlreich dokumentierter Völkerrechtsverletzungen weiter Waffen an Israel liefern zu wollen. Die Petition ist ein zivilgesellschaftlicher Protest gegen diese Absichtserklärung. Sie stellt acht Forderungen an die Bundesregierung, ihre politische Reaktion auf den Krieg in Gaza grundsätzlich zu ändern.

Die Petition wurde am 14. August 2024 auf der Plattform openPetition veröffentlicht. „Statt Waffen zu liefern und damit Öl ins Feuer zu gießen, sollte die Bundesregierung alles tun, um die Situation zu deeskalieren. Sie muss sich gegenüber der israelischen Regierung mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass in Gaza ein Waffenstillstand zu Stande kommt. Die Gewalt im Westjordanland muss gestoppt und die illegale Besatzung beendet werden“, so Gerold König, Bundesvorsitzender von Pax Christi.

Unterschreiben unter:
openpetition.de!/pxyvh

Die Schweiz plant, das AKW Leibstadt nahe der deutschen Grenze auf eine Betriebszeit deutlich über 40 Jahre hinaus vorzubereiten. Dabei gibt es vielfältige Kritik an dem sicherheitstechnischen Zustand des Atommeilers, dessen grundlegende Planungen und Konzepte aus den 1970er Jahren stammen. Im Falle einer Kernschmelze mit Freisetzung von Radioaktivität wären nicht nur die Schweizer*innen, sondern in besonderem Maße auch die Menschen in Baden-Württemberg und angrenzenden Ländern erheblich betroffen – Verstrahlungsrisiken und Evakuierungen inbegriffen.

Nachdem regionale Verbände wie der Trinationale Atomschutzverband und der BUND (Regionalverband Südlicher Oberrhein) sowie die Schweizer Energie Stiftung, Greenpeace Schweiz und die IPPNW Schweiz gegen die Planungen der zuständigen Behörden in Bern aktiv wurden, unterstützt nun auch die deutsche IPPNW die Forderungen nach Stilllegung des Uralt-Reaktors. Sie hat den Schweizer Umwelt-Bundesrat in einem Schreiben aufgefordert, mindestens ein Verfahren nach Espoo und Aarhus-Konvention durchzuführen und damit einen weiteren Betrieb des AKWs Leibstadt erst nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung und einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung zu bewilligen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die bestehenden Risiken sowohl im Bereich der Reaktorsicherheit als auch des Strahlenrisikos ausreichend kritisch und unabhängig diskutiert werden können.

Mehr Infos: ippnw.de/bit/leibstadt

Seit dem Ausbruch der Gewalt im Sudan im April 2023 sind dort Tausende Zivilist*innen getötet und verwundet worden. Der bewaffnete Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften und den paramilitärischen *Rapid Support Forces* und das Wiederaufflammen der Gewalt zwischen den Volksgruppen in der Region Darfur hat Millionen von Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind laut UNHCR intern vertrieben worden, 800.000 in die Nachbarländer geflohen. Die Mehrzahl der Neuankömmlinge im Südsudan sind dabei Rückkehrer*innen, die Jahre zuvor aus dem Südsudan in den Sudan geflohen waren. Unter ihnen befinden sich fast eine Million Vertriebene, die zuvor schon als Binnenvertriebene in anderen Landesteilen Schutz suchten, aber nun erneut fliehen mussten.

Durch die eskalierende Gewalt im Sudan ist der Zugang zu humanitärer Hilfe stark eingeschränkt. „Viele der Menschen, die hierher geflüchtet sind, leben in überfüllten Gemeinschaftsunterkünften, die sich hauptsächlich in Schulen befinden. Zwei Krankenhäuser sind noch geöffnet, aber es fehlt an Medikamenten, insbesondere für chronisch Kranke. Schwangere Frauen haben keinen Zugang zur Vorsorge. Die Menschen haben große Angst um ihre Sicherheit. Sie berichten von zunehmender sexueller Gewalt und begrenztem Zugang zu rechtlicher Unterstützung. Viele von ihnen sind schwer traumatisiert“, schreibt UNHCR Deutschland.

www.unhcr.org/countries/sudan



10.000 Unterschriften gegen die atomare Bedrohung

Ein Appell an die Bundesregierung, US-Hyperschallraketen in Deutschland zu verhindern, hat die Schwelle von 10.000 Unterschriften deutlich überschritten. Zu den Erstunterzeichner*innen gehören die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen und die UN-Diplomaten Hans von Sponeck und Michael von der Schulenburg. Mit dem Appell warnen die 10.000 Unterzeichner*innen vor der Stationierung dieser Offensivwaffen, die, ähnlich wie umgekehrt russische Hyperschallraketen, das Risiko eines Atomkrieges in Europa steigern. Die neuesten Entwicklungen auf der NATO-Tagung erforderten umgehend eine klare und eindeutige Stellungnahme, so die Initiatoren der Petition. Die vorgesehene Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, insbesondere von neu entwickelten Hyperschallraketen, verkürze die ohnehin bereits sehr geringe Vorwarnzeit weiter erheblich und erhöhe so das Risiko einer Eskalation und eines Atomwaffeneinsatzes ins Nicht-mehr-Beherrschbare.

Gegen Krieg und Hochrüstung wendet sich auch die bundesweite Demonstration „Nie wieder Krieg“ am 3. Oktober 2024 in Berlin. Gefordert wird neben Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza, dass keine US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden. Die IPPNW mobilisiert mit einem eigenen Aufruf zu der Demonstration, um ihre Friedensforderungen in eine breite Öffentlichkeit zu tragen.

Petition: www.change.org/p/gegen-die-atomare-bedrohung
Demo am 03.10.: ipnw.de/frieden



IPPNW schlägt Alarm: Krieg um AKWs Saporischschja und Kursk

Die deutsche IPPNW hat Mitte August 2024 Besorgnis über den Brand auf dem Gelände des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja und die anhaltenden Kampfhandlungen in der Nähe des AKW Kursk in Russland geäußert. Aufgrund des Risikos eines schweren AKW-Unfalls hatte die IPPNW die sofortige Einrichtung einer entmilitarisierten Zone um die beiden Atomanlagen gefordert.

„Alle Angriffe müssen sofort aufhören. Diese menschengemachte nukleare Bedrohung im Krieg ist für die betroffene Zivilbevölkerung nicht länger hinnehmbar“, mahnt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen. „Ein beschädigtes Atomkraftwerk im Krieg kann auf diese Weise schnell zu einer Massenvernichtungswaffe werden. Die internationale Gemeinschaft muss endlich handeln und sich um eine entmilitarisierte Zone um AKWs in Kriegszonen bemühen“, so Claußen.

Die IPPNW warnt vor möglichen Folgen der derzeitigen Kämpfe zwischen ukrainischen und russischen Truppen in der Nähe des AKW Kursk. Das AKW Kursk in der russischen Stadt Kurtschatow beherbergt vier Blöcke aus der Reaktorbaureihe, die in Tschernobyl verbaut wurde und besonders störungsanfällig ist. Zwei der Reaktoren sind bereits stillgelegt. Die beiden noch in Betrieb befindlichen Blöcke sind gegen Angriffe deutlich schlechter geschützt als das AKW Saporischschja. Sollte ein Brand auch einen der Reaktoren erfassen, könnte im schlimmsten Fall eine Kernschmelze drohen.



Schutz für Kriegsdienstverweiger*innen aus Belarus!

Ein Bündnis von Organisationen hat am 31. Juli 2024 die litauischen Behörden aufgefordert, die Abschiebung von Vitali Davarshyn und Mikita Svyrid sowie aller anderer Deserteur*innen und Kriegsdienstverweiger*innen nach Belarus dringend zu verhindern und ihnen einen angemessenen Schutz in Litauen zu gewähren. Die unterzeichnenden Organisationen sind zutiefst besorgt über die Drohung der litauischen Behörden, den belarussischen Kriegsdienstverweigerer Vitali Dvarashyn und den belarussischen Deserteur Mikita Sviryd nach Belarus abzuschieben. Dort droht ihnen Verfolgung, Inhaftierung – und im Falle von Desertion – die Todesstrafe.

Der belarussische Kriegsdienstverweigerer Vitali Dvarashyn wurde 2023 nach sieben Jahren Aufenthaltsgenehmigung in Litauen zu einer „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ erklärt. In der Folge wurde er in einem Flüchtlingslager in Einzelhaft gehalten. Am 29. Mai 2024 wurde ihm Asyl mit der Begründung verweigert, dass er in Belarus nicht in Gefahr sei. Am 13. Juni 2024 entkam er seiner Verhaftung und der Gefahr einer sofortigen Abschiebung und tauchte aus Angst unter. Auch Mikita Sviryd wurde im November 2023 Asyl verweigert. Obwohl er wie Vitali Berufung eingelegt hat, wurde ihm nicht gestattet, seinen Fall in einer Anhörung vorzutragen. Das ist jedoch insbesondere wegen der Wiedereinführung der Todesstrafe in Belarus von großer Bedeutung. Er sucht verzweifelt nach Möglichkeiten, sein Leben zu schützen.

Mehr Infos: de.connection-ev.org

Ukraine – der vorhersehbare Krieg und das Blockdenken

Das schlichte Denken in Blöcken wirkt sich auf mögliche Vermittlungsversuche aus

Krieg in der Ukraine „lässt sich leicht denken“

Im Jahr 2008 schrieb Robert Kagan, „dass die Erschütterungen entlang der europäisch-russischen Verwerfungslinie eines Tages in eine Konfrontation münden“ könnten. „Eine Krise wegen der Ukraine, die der NATO beitreten möchte, könnte die Kampfeslust der Russen anstacheln.“ Robert Kagan zählt zu den bekanntesten Neokonservativen der USA und ist ein Politikberater, der für US-Regierungen unter demokratischen und republikanischen Präsidenten gearbeitet hat. Er gilt als Spezialist u.a. für das russisch-amerikanische Verhältnis und die NATO-Erweiterung. Kagan verfasste einige Bestseller über internationale Politik, u.a. das hier zitierte Buch „Die Demokratie und ihre Feinde“.

Demokratien vs. Autokratien

Der Titel der Originalausgabe lautet: „The Return of History and the End of Dreams“. Damit bezieht sich Kagan auf das von Francis Fukuyama 1992 postulierte „Ende der Geschichte“: den liberalen Traum, nach dem Ende des Ostblocks und dem Zerfall der Sowjetunion gebe es keine Konkurrenz mehr zur liberalen Demokratie. Dieser Traum sei, so Kagan, nach der Rückkehr des Großmachtnationalismus geplatzt, und um Russland und China herum würden sich „die Autokratien“ zusammenschließen. Die Demokratien sollten sich dagegen zu einem Bund oder „Konzert“ zusammenfinden, „zur Legitimation von Aktionen [...] so wie die NATO die Intervention im Kosovo legitimierte.“ Kagan ersetzt das pseudoreligiös anmutende Bild

vom „Ende der Geschichte“ durch das Bild zweier Staatenblöcke, die für das „Gute“ und das „Böse“ in der Welt stehen. Für ihn ist es selbstverständlich, den völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Serbien als nachahmenswert anzupreisen.

NATO-Gipfel in Bukarest 2008

Kagans eingangs zitierte Vorhersage des Ukrainekrieges stammt aus dem Jahr 2008, also aus dem gleichen Jahr, in dem die NATO bei ihrem Gipfeltreffen in Bukarest der Ukraine und Georgien Hoffnungen auf einen Beitritt zum Bündnis gemacht hat. Der Spiegel hat im September 2023 die damaligen Verhandlungen unter dem Titel „Der Tag, an dem der Krieg begann“ veröffentlicht. Der Weg in den jetzigen Krieg sei zwar nicht zwangsläufig gewesen, aber das Ergebnis hätte Putin in der Sichtweise bestätigt, dass der Westen einen Kurs verfolgte, den er als „existenzielle Bedrohung“ wahrnahm. Für Kagan ließ sich die Eskalation schon damals „leicht denken“. Laut Spiegel hatte mancher Beobachter den Eindruck, „die Amerikaner wollten den NATO-Beitritt der Ukraine mehr als die Ukrainer selbst.“ Eine breite Mehrheit der Ukrainer*innen hätte in Umfragen erklärt, sie hielten wenig von der Allianz. Darum hätte Victoria Nuland, damals amerikanische NATO-Botschafterin, gefordert, die „ukrainische Regierung müsse eine umfassende Informationskampagne starten“. Nuland gab später öffentlich an, die USA hätten mehr als fünf Milliarden Dollar für „Frieden und Demokratie“ in der Ukraine investiert. Robert Kagan und Victoria Nuland sind miteinander verheiratet.

Kagan beschreibt Farbrevolutionen und „aggressive Weltpolitik“ der USA

In „Die Demokratie und ihre Feinde“ schildert Kagan offenherzig die damalige Außenpolitik der USA: „In den Jahren 2003 und 2004, als in der Ukraine und in Georgien, nicht zuletzt dank signifikanter finanzieller und diplomatischer Unterstützung vonseiten der EU und der USA, prowestliche Regierungen die prorussischen ersetzten, waren die strategischen Auswirkungen für Russland unverkennbar und beunruhigend [...] Revolutionen, die der Westen die ‚farbigen‘ nannte – die ‚orangene Revolution‘ in der Ukraine, die ‚Rosenrevolution‘ in Georgien, die ‚Tulpenrevolution‘ in Kirgistan ...“

Ungeschminkt wird die Rolle westlicher NGOs beschrieben: „Von 2003 bis 2005 versorgten demokratische Länder und NGOs aus dem Westen prowestliche [...] Parteien und Politiker mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung und halfen so dabei mit, Autokraten in Georgien, Kirgistan, in der Ukraine und im Libanon zu stürzen.“ Peking und Moskau hätten dies als „von der CIA eingefädelte Staatsstreich...“ gesehen. Putin hätte sich deshalb 2006 entschlossen, „die Aktivitäten der internationalen NGOs zu überwachen, einzuschränken, in manchen Fällen sogar ganz zu unterbinden.“ Putins Sorgen hält Kagan für angebracht: „Nach dem Kalten Krieg versuchte ein siegestrunkenen Liberalismus, seinen Triumph noch auszuweiten...“

Offen bekennt sich Kagan zur Aggressivität der US-Politik: „Zwischen 1989 und

2001 griffen die USA weitaus mehr als jede andere Macht [...] mit ihren Streitkräften im Ausland ein [...] Sie setzten sich über die Vereinten Nationen, ihre Verbündeten und über das Völkerrecht hinweg ...“. Und er rechtfertigt das mit dem Schutz liberaler Dogmen: „Die Anhänger des liberalen Glaubensbekenntnisses können eine Außenpolitik und sogar Kriege [...] auch dann gutheißen, wenn sie gegen verbrieftes Völkerrecht verstoßen.“

Transatlantisches Klischee vom „Wertekern“ in Deutschland

Die schlichte Einteilung der Welt in zwei Blöcke von Autokratien und Demokratien hat sich inzwischen auch in der deutschen Politik etabliert. Als Beispiel sei hier das Papier „Transatlantisch? Traut Euch!“ genannt, das im Januar 2021 von der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht wurde: Transatlantische Solidarität als „neuer Wertekern“ für ein „wirkungsvolles und koordiniertes Agieren gegenüber Russland und China“.

Die vier führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute haben dagegen in ihrem Friedensgutachten 2023 noch davor gewarnt, undifferenziert „vereinfachende Narrative eines globalen Systemkonflikts“ zu übernehmen. Wissenschaftler*innen des Friedensforschungsinstituts Frankfurt (PRIF) weisen darauf hin, dass die Idee eines „Konzerts der Demokratien“ das Sicherheitsdilemma verschärft und die Lösung globaler Probleme wie des Klimawandels oder der atomaren Proliferation behindern würde. „Vor allem birgt die Imagination einer Welt, in der eine libe-



ral-demokratische Festung der allgegenwärtigen Bedrohung durch eine autoritäre Umwelt gegenübersteht, die Gefahr, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden.“ Klischeehafte Fremdbilder und zur unkritischen Überschätzung neigende Selbstbilder würden verfestigt. (blog.prif.org / 13.07.2022) Aktuell wird so das Narrativ verbreitet, die Ukraine würde die deutsche oder die europäische Freiheit bzw. „unsere Werte“ verteidigen.

Blockbildung und die Suche nach Vermittlung im Ukrainekrieg

In Foreign Affairs, der führenden US-Fachzeitschrift für Außenpolitik, lesen wir, wie sich das Denken in Blöcken auch auf den Ukrainekrieg und eventuelle Vermittlungsversuche auswirkt. Einerseits würden die Vereinigten Staaten im globalen Süden darum kämpfen, Länder davon zu überzeugen, sich in dem entstehenden Kampf zwischen Demokratien und Autokratien auf ihre Seite zu stellen. Andererseits würden viele im westlichen Lager hoffen, dass China bei Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine eine konstruktive Rolle spielen könnte (Foreign Affairs Juli/August 2024).

Ein von deutschen Expert*innen aus dem Bereich der Mediation veröffentlichtes Papier beschreibt das Schweizer Gipfeltreffen vom Juni 2024 als „nur eine sichtbare Achse von zwei parallelen, ‚Allianz-internen‘ Prozessformaten“, in denen beide Seiten mit ihren Partnern „Interessen, Bündnisoptionen, Unterstützungsgarantien und die Rollen relevanter Länder klären können“ (Initiative Mediation Support Deutschland, Mai 2024). Dagegen lehnen China und Brasilien in ihrer gemeinsamen Erklärung zur politischen Beilegung der Ukraine Krise vom 23. Mai 2024 die Aufteilung der Welt in isolierte politische oder wirtschaftliche Blöcke ab.

Die Quellen zu diesem Artikel finden Sie unter: ipnw.de/bit/blockdenken



Ralph Urban ist Mitglied des Vorstandes der IPPNW.



DIE GROSSE MOSCHEE VON GAZA, ZERSTÖRT 2023



DIE SKYLINE VON GAZA-STADT, 2011

Es geht um die Zukunft des Nahen Ostens

—Der Krieg in Gaza ist ein Krieg auch um materielle Ressourcen—

Dieser Beitrag stammt von Ibrahim Lada'a, deutsch-palästinensischer Arzt und ehemaliges IPPNW-Vorstandsmitglied. Die IPPNW verurteilt den Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 und fordert die Freilassung aller Geiseln. Wir stehen als IPPNW an der Seite aller Opfer des Konfliktes. Das sind über die Jahrzehnte seit der Gründung Israels vor allem Palästinenserinnen und Palästinenser. Dazu zählen auch unbegründete Strafverfolgungen und Verhaftungen. Das palästinensische Leid ist dabei Teil von Lada'a's persönlicher Biographie. Er ist im Westjordanland wiederholt Gastgeber der politischen Bildungsreisen in die Region gewesen, die von Pax Christi einst initiiert und von der IPPNW seit langen Jahre durchgeführt werden. Wer daran teilgenommen hat, kommt anders zurück – mit vielen neuen Fragen, für die es keine einfachen Antworten gibt. Die Ausführungen Lada'a's sind seine persönliche Meinung.

Die Stadt Gaza existiert seit 3.000 Jahren vor Christi Geburt. In der Apostelgeschichte heißt sie „die Starke“, „die Stolze mit Durchhaltevermögen“. Dies wurde von Eusebius erwähnt, dem Vater der Kirchengeschichte. Auch im Koran wird die Stadt in einer Sure erwähnt. Der Großvater des Propheten Mohammed (Haschim) ist in Gaza begrabene.

Die Araber betrachten sich als die legitimen Nachfolger der Phönizier und Kanaaniter und sind stolz darauf. Mein Großvater, der aus Gaza stammte, hat seinen zehn Kindern christliche biblische Namen gegeben: Der Jüngste hieß Hilarion nach Hilarion von Gaza, einem christlichen Asketen. Meine Großmutter stammte aus Kairo. Die arabisch-islamische Kultur hat verschiedene ethnische Völker zusammengebracht und alle zusammen entwickelten die glorreichen Zeiten von Bagdad, Damaskus, Jerusalem, Kairo und Al-Andalus, dem muslimischen Spanien.

Wie ist es zu erklären, dass das israelische Militär, die modernste Kriegsmaschinerie der Welt, in Gaza Kulturinstitute, Museen, Universitäten, Moscheen, Kirchen und den ältesten christlichen Friedhof der Welt mit Bomben und Panzern zerstört? Was in Gaza geschieht, kann nur als Vernichtung der Kultur bezeichnet werden: 32 Kulturzentren wurden total oder teilweise dem Erdboden gleichgemacht. Zwölf Museen mit Statuen aus phönizischer und kanaanischer Zeit, palästinensische, islamische und osmanische Museen wurden zerstört. Zerstört wurde der Kopf von Ishtar, der erst vor drei Jahren entdeckt wurde. Auch die drittälteste Kirche der Welt und der Pascha-Palast, den Napoleon während der Eroberung zu seinem Hauptsitz machte, wurden bombardiert und zerstört. Dies erinnert an die Zerstörung der Bibliothek in Bagdad zur Zeit der Mongolen, die seinerzeit verbrannt wurde. Was wollen die israelischen Militärs erreichen? Woher kommen dieser Hass und diese Wut?

Die heutige Vorgehensweise der Zionisten in Gaza ist praktisch eine Fortsetzung der Nakba von 1948. Man will die Bevölkerung vertreiben und sich ihrer dauerhaft entledigen. Die südafrikanische Völkermordklage führt vielfache Äußerungen von Ministern und Mitgliedern der Knesset sowie des israelischen Militärs an, die dazu aufgerufen haben, Gaza „auszulöschen“, zu „verbrennen“ oder „dem Erdboden gleichzumachen“.

Wenn man alle Lebensäußerungen des Vorgängers zerstört, kommt man praktisch in ein leeres Gebiet und wird nicht von den alten Völkern, die hier lebten, und von ihrer Kultur gestört. Die Besatzungsmacht tat und tut deshalb alles, um die palästinensische Kultur und Geschichte zu vernichten. Schon während der Nakba von 1948 wurden 400 Dörfer zerstört, sowie die Kulturzentren in den Großstädten Jaffa, Haifa, Nazareth und Gaza, der alten Kulturstadt und dem Tor von Asien nach Afrika.



VERTRIEBENE DRÄNGEN SICH IN RAFAH UND VERSUCHEN DIE STADT ZU VERLASSEN, MAI 2024

Das heutige Vorgehen wurde seit Jahrzehnten geplant und vorbereitet. „Wir sollten einen Araber finden und ihm eine Million Lira geben, damit er letzten Endes einen Krieg gegen uns startet,“ so ein Zitat aus Ben-Gurion's Buch „Sharet“ (1978). Es wird berichtet, die ehemalige israelische Ministerpräsidentin Golda Meir habe gesagt: „Ich werde den Arabern nie verzeihen, dass sie uns zwingen, ihre Kinder zu töten.“

Und dies, obwohl die Araber nahezu das einzige Volk waren, das den Juden während der Verfolgung in Europa Tür und Tor öffnete. So erlebten die Juden im muslimischen Spanien 700 Jahre lang überwiegend blühende Zeiten. Verglichen mit den Äußerungen des Alten Testaments über Juden und andere Minderheiten sind die meisten Aussagen des Korans gegenüber dem Judentum als tolerant zu bezeichnen. Viele Palästinenser berichten noch über das friedliche Zusammenleben der christlichen und muslimischen Araber mit den Juden vor 1948. Es waren die Väter der jetzigen Kriegstreiber, die aus Europa kamen und in Palästina Aufnahme und Unterstützung fanden.

Es ist deutlich, dass die israelische Führung keine Furcht hat. Während die Massaker in vielen Ländern detailliert auf Social Media zu sehen sind und Millionen von Menschen, besonders in den westlichen Staaten, demonstrieren und nach einem Waffenstillstand rufen und es sich bei der Tötung und Verletzung von über 100.000 Menschen mehrheitlich um Kinder und Frauen handelt, dreht die israelische Regierung der ganzen Welt den

Rücken zu und mordet weiter. Bis jetzt ist die Mehrheit der israelischen Bevölkerung für die Fortsetzung dieses Vernichtungskrieges.

Der Westen und besonders die USA waren immer darauf bedacht, dass Israel mehr militärische Schlagkraft besitzen sollte als alle arabischen Staaten zusammen. Die Gier westlicher Politik auf den Reichtum der Region, auf Öl und Gas, treibt sie dazu, Land und Region beherrschen zu wollen.

Es stellt sich die Frage, ob der Staat Israel als ein kolonialistisches oder ein Flüchtlingsprojekt zu betrachten ist. Die israelische Führungsschicht will sich in der Region integrieren, aber sie zugleich dominieren. Auch wenn sich israelische Regierungen in der frühen Zeit demokratisch-sozialistisch gaben, so hatten sie doch kein Recht, ihre Ziele auf besetztem Land verwirklichen zu wollen. Die Zionisten hatten damals mit Hilfe des imperialistisch-kolonialistischen europäischen Gedankens Palästina als Heimstätte erhalten.

Also geht es in Wahrheit nicht um einen religiösen Konflikt, wie es die Zionisten darstellen wollen, sondern es geht letztlich um die Zukunft des ganzen Nahen Ostens. Die Region ist für den Westen von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Es geht darum, wer dieses Gebiet beherrschen wird, in dem es reichlich Öl und Gas gibt, besonders vor dem Strand von Gaza. Entsprechende Verträge zur Ausbeutung von Gasfeldern vor der Küste hat die israelische Regierung bereits im Oktober 2023 mit internationalen Konzernen ab-

geschlossen. Es geht auch darum, ob der geplante Ben-Gurion-Kanal gebaut wird, der das Rote Meer mit dem Mittelmeer verbinden soll und nah am Gazastreifen vorbeilaufen würde. Wer aber könnte eine Lösung vermitteln? Der beste Vermittler, der keine eigene Agenda verfolgt oder Vorteile hat, ist und bleibt die UNO. Die bestehenden UNO-Resolutionen müssen umgesetzt werden. Der Konflikt betrifft dabei nicht allein Israel und Palästina, sondern den gesamten arabischen Raum von Marokko bis Bagdad.

Ende der 90er, Anfang 2000 war die Rede von einer Fünf-Staaten-Lösung – und zwar Syrien, Libanon, Jordanien, Palästina und Israel. Heute redet niemand mehr davon. Man redet von einer Zwei-Staaten-Lösung, mit der die Palästinenser*innen maximal zerstückelte 19 Prozent der Westbank bekommen sollen. Dies würde nicht zum Frieden, sondern weiterhin zur Versklavung der Palästinenser*innen führen.

Auf lange Sicht ist der Prozess der umfassenderen Fünfstaatenlösung plausibler auch für uns als Friedensaktivist*innen. Die IPPNW kann hier mithelfen, den notwendigen politischen Dialog unter Einbeziehung arabischer linksliberaler Gruppierungen zu organisieren.

Ibrahim Lada'a ist HNO-Arzt und IPPNW-Mitglied. Er lebt in Nürnberg und Ramallah und hat Familie im Gazastreifen.



Was passiert heute in China?

Eine Reise durch Süd- und Zentralchina

China hat 1,4 Milliarden Einwohner*innen – es gehört wirtschaftlich und politisch zu den wichtigsten Akteuren auf dem Planeten. Trotzdem erfahren wir in den Medien kaum etwas über die Entwicklungen im Land. Jürgen Kurz, Gründungsmitglied der Grünen, lebt und arbeitet seit über 20 Jahren in China. Die „wertebasierte Außenpolitik“ seiner Partei empfindet er als vorurteilsbehaftet und destruktiv. Er bietet politische Bildungsreisen nach China an, damit Freund*innen und Mitglieder der grünen Partei sich einen eigenen Eindruck machen können. IPPNW-Mitglied Sigrun Schulze-Stadler ist mit ihm gereist.

1. Tag: Ankunft in Beijing

Nach zehnstündigem Flug und problemloser Einreise empfängt uns eine gigantische Flughalle. Als erstes fallen mir der blaue Himmel, das viele Grün und die Sauberkeit dieser 27-Millionen-Stadt auf – von Smog ist nichts zu sehen. Unser chinesischer Reiseleiter Hao Lei klärt uns auf: Die Industrie sei aus den Städten verbannt worden. Jährlich werde für jede Chines*in ein Baum gepflanzt und Elektroautos würden stark gefördert, zum Beispiel durch ein riesiges Angebot an Ladesäulen. Die Neuzulassungen betragen ein Drittel aller Autos, etwa zehnmal so viele wie in Deutschland.

2. Tag: Beijing

Unsere Reise beginnt mit der obligatorischen Besichtigung des Tian'anmen-Platzes und in der Kaiserstadt, danach besuchen wir die Chinesische Freundschaftsgesellschaft für andere Länder. Diese einflussreichen Gesellschaften sind für Handel und Außenbeziehungen zuständig. Jürgens Kontakte öffnen uns überall im Lande die Türen. Interessant ist auch der Besuch bei der GIZ. Der GIZ-Regionaldirektor für China und die Mongolei, Thorsten Giehler, sieht ein großes Problem

in der Chinastrategie der Bundesregierung, die die Zusammenarbeit zunehmend erschwere. Uns erstaunt, dass die GIZ für China seit 25 Jahren eine Beraterfunktion ausübt und sogar bei der chinesischen Gesetzgebung rechtlich berät.

3. Tag: Beijing – Zhengzhou – Xuchang

Es geht mit dem Highspeed-Train CRH von Beijing nach Zhengzhou – für uns eine sensationelle Erfahrung. Nach gut zwei Stunden und 800 km sind wir auf die Minute pünktlich in Zhengzhou. Zuerst besuchen wir das Provinzmuseum: Henan ist Schauplatz der Entstehung Chinas. Danach besuchen wir den Ausgangsbahnhof der „neuen Seidenstraße“. Per Containerzug werden z.B. in zwölf Tagen mit zehn pendelnden Zügen Waren aller Art nach Europa – auch nach Hamburg – und zurück transportiert.

4. Tag: Xuchang – Nanjie Cun – Dengfeng

Wir beginnen den Tag im Dorf Nanjie Cun, einem Pilgerort für chinesische Touristen. Das Dorf pflegt weiterhin die Utopie einer kommunistischen Gesellschaft. Wer dort lebt, arbeitet innerhalb der Dorfgemeinschaft, auf den gemeinsamen Feldern und in den Betrieben – dafür wird er im Gegenzug komplett versorgt: Freie Wohnung, Lebensmittel, Krankenversicherung, ärztliche Versorgung, Schule etc. Zu sehen sind Wandzeitungen mit Marx, Engels, Mao, Lenin und Stalin.

Nachmittags in Dengfeng sehen wir das nach der Kulturrevolution neu aufgebaute Shaolin-Kloster. Wir werden, für uns eine große Ehre, von dem Abt freundlich empfangen. Am Abend besuchen wir eine fantastische Shaolin-Freiluftshow vor der atemberaubenden Bergkulisse des Song-Gebirges.

5. Tag: Dengfeng – Luyang – Bengbu

Heute geht es zu den im fünften Jahrhundert entstandenen Longmen-Grotten am Yihe-Fluss in Luoyang, einem Weltkulturerbe mit über 100.000 Buddhastatuen – die größte ist 17 Meter hoch, die kleinste zwei Zentimeter. Per Highspeed-Zug fahren wir dann in drei Stunden ca. 1.000 km nach Bengbu.

6. Tag: Bengbu – Xiaogang Cun – Nanjing

Die Aufmerksamkeit für unsere Reise wächst: Nach mehreren Zeitungsberichten sieht man uns sogar in den Abendnachrichten. Überraschend frühstückt der Parteisekretär von Bengbu mit uns und zeigt uns am Beispiel des Huaihe-Flusses, wie in China die ökologische Modernisierung vorangetrieben wird. Durch ein Renaturierungsprojekt am vermüllten Ufer des Huaihe wurde innerhalb von 18 Monaten eine ökologische Naherholungslandschaft geschaffen. Weiter geht es zu BBKA, einer innovativen Firma, die global einen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten will. Dort werden Kunststoffe und Fasern für Kleidung aus organischem Material (Mais- und Kartoffelstroh) herstellt. Diese Produkte sind in der EU jedoch noch durch Regularien blockiert. Der große Gegenspieler ist die mineralölverarbeitende Kunststoffindustrie. Uns beeindruckt die Vielzahl der hergestellten Produkte, die alle natürlich abbaubar sind.

Chinas Agrarreformen gehen auf das Dorf Xiaogang Cun zurück. Nachdem die Kollektivierung der Landwirtschaft eine Hungersnot ausgelöst hatte, trafen die Bauern des Dorfes 1978 eine heimliche Vereinbarung, das kollektiv bewirtschaftete Ackerland wieder in Familienparzellen aufzuteilen. So erreichten sie einen drastischen Anstieg der Getreideernte. Das Dorf wurde daraufhin zum Modell für die chinesische Privatisierungspolitik.



SHENZHEN, CHINA



guineapig33 / CC BY-NC-ND 2.0

7. Tag: Nanjing – Liuzhou

Wir besuchen das Nanjing Massacre Museum, das an die Eroberung Nanjings durch die Japaner 1937 und an die dort verübten Kriegsverbrechen durch die japanische Armee erinnert, für die sich Japan bis heute offiziell nicht entschuldigt hat. Die nächste Station ist das Haus von John Rabe, einem deutschen Manager von Siemens China. Wir erfahren, dass er während des Massakers von Nanjing 1937-38 eine Schutzzone für die chinesische Zivilbevölkerung auf dem deutschen Industriegelände eingerichtet hat, das von japanischen Soldaten nicht betreten werden konnte. Auf diese Weise rettete er über 100.000 Menschen das Leben.

8. Tag: Liuzhou – Sanjiang

Wir besuchen den E-Auto-Hersteller Wuling. 2017 wurde hier der erste E-Wagen gebaut. Er war einfach ausgestattet, hat aber großen Absatz gefunden und die Elektromobilität in China vorangetrieben. Wuling war in China zeitweise der Hersteller, der die meisten E-Autos verkaufte. Nachmittags kommen wir in die wunderschöne Region Sanjiang Dong, eine Minderheitenregion, wo die herrschende Armut mit Teeanbau und Tourismus bekämpft werden soll. Die chinesische Verfassung verpflichtet die Regierung, Arbeit für die Minderheitenbevölkerung zu schaffen.

9. Tag: Sanjiang – Longsheng – Guilin

Thema ist die Armutsbekämpfung in Guangxi, einer der ärmsten Provinzen Chinas. In Longsheng leben Bauern der Dong-Minderheit, die früher von Reis- und Gemüseanbau lebten. Sie wurden auf den Anbau von Tee umgeschult, ein erfolgreiches Projekt, da dieser hier besonders gut wächst. Das Dorf lebt auch vom Tourismus und ist heute ein Modell für andere Dörfer, die

auf Teeanbau umsteigen. Weiter geht es in das Dorf Ping'an der Zhuang-Minderheit, die Reisterrassen betreibt: eine harte Art des Reisanbaus in einer atemberaubenden Landschaft. Seit 1990 wird der Tourismus hier entwickelt, was die ökonomische Lage der Menschen verbessert hat.

10. Tag: Guilin

Dieser Tag führt uns durch die Stadt Guilin, die wegen ihrer landschaftlichen Schönheit eine touristische Top-Adresse ist. Die Hauptattraktion ist die bizarre Karstlandschaft, die auch eindrucksvoll im örtlichen Minderheitenmuseum dargestellt wird.

11. Tag: Shenzhen

Wir fahren durch den Megacampus der Firma Huawei, der uns schon äußerlich durch seine ökologische Bauweise fasziniert. Wir sehen ihr digitales Engagement für den Bau von digitalen Städten der Zukunft, sowie in einer Unzahl von Industrien und Anlagen für alternativen Strom und bestaunen Technologien, die in Europa noch nicht auf dem Markt sind, z.B. eine superschnelle Ladetechnologie für E-Autos mit mehr als 900 Volt Ladespannung arbeitet, mit der man in fünf Minuten Batterien für Reichweiten über 1.000 Kilometer aufladen kann. Huawei-Komponenten sind weltweit in mehr als 46 % der kommerziellen 5G-Netzwerke verbaut, auf die die chinesische Regierung keinen Zugriff haben kann, was jeder Netzwerkexperte bestätigt. Uns wird auch ein ferngesteuerter Bagger gezeigt, der autonom fahrende LKWs belädt.

Carsten Senz, Sinologe und Vize-Marketingdirektor für Deutschland, erklärt, welche Firmenphilosophie Huawei zum Erfolg verholfen hat. Zwei Drittel des Gewinns des Privatunternehmens werden laut Senz den Mitarbeiter*innen jedes Jahr für den Kauf von Eigentumsanteilen angeboten

– ein Drittel werde reinvestiert. Für die 12.5000 Beschäftigten sei das ein starker Arbeitsanreiz. Langjährige Mitarbeiter*innen können am Huawei Ox Horn Campus preiswert eine Wohnung erwerben. Dort wurden auch 20 europäische Städte nachgebildet, deren Gebäude heute als Büros für die Forschung dienen. Wir ziehen durch die Nachahmungen von Verona, Paris, Bologna, Granada und Heidelberg. Wir sehen auch die 150m langen Fertigungsstraßen des aktuellen „Mate 60“, wo täglich 2.700 Smartphones vom Band laufen. Abends führen wir Diskussionen, in denen uns klar wird, wie weit chinesische Unternehmen in einigen Branchen Europa überflügelt haben und wie hilflos die EU darauf reagiert.

12. Tag: Shenzhen – Shanghai

Unsere Reise endet in Shanghai: mit einer Sightseeingtour an der Uferpromenade *The Bund*, durch die historische Altstadt und den Park Yu Garden. Abends feiern wir Abschied. Wir sind begeistert von unseren Erlebnissen. Wir hatten uns China nicht so modern, gastfreundlich, grün und sauber vorgestellt. Auch haben wir eine Idee von den politischen Abläufen dort bekommen und in vielen Diskussionen mit den Menschen Antworten auf unsere Fragen zu Armut, Minderheiten, Bürgerrechten, Taiwan und Militarisierung bekommen – oft überraschende, nicht immer völlig zufriedenstellende. Insgesamt war die Reise lehrreich und spannend.



Sigrun Schulze-Stadler ist IPPNW-Mitglied aus Hamburg.

Spezialkrieg: Krieg gegen die Köpfe und Herzen der Menschen

Zwei Beispiele für die alltäglichen Repressionen im Südosten der Türkei

Die von der Türkei ausgeübte Gewalt gegen Kurd*innen drückt sich nicht allein durch Militärpräsenz und den Einsatz von Waffengewalt aus. Vielmehr wird die Kultur, Natur, Wirtschaft und Psyche der Menschen in den oppositionellen Gebieten bekämpft und versucht, die Menschen von der dominanten Wirtschaft und Kultur abhängig zu machen.

Unsere Gesprächspartner*innen in der Türkei nannten das in den Gesprächen „Spezialkrieg“: einen Krieg gegen die Köpfe und Herzen der Menschen. Dabei geht es um weniger sichtbare Methoden der Aufstandsbekämpfung und die Isolation der Bevölkerung von ihrer Verbindung zur kurdischen Freiheitsbewegung. Dies erfolgt beispielsweise durch die Manipulation der Medien, die Unterdrückung kurdischer Kultur und Sprache, die Vertreibung aus den Dörfern, Rodung der Wälder, Zerstörung der Flüsse bis hin zur Verfügbarmachung chemischer Drogen für Kinder und Jugendliche, um diese von Bildung und Politik fernzuhalten.

Vertreibung aus den Dörfern

Auch wenn das Leben im Dorf mit vielen lebenspraktischen Herausforderungen einhergeht, bedeutete es für viele, sich selbst zu versorgen, Kollektivstrukturen zu pflegen und eine vom Staat vergleichsweise unabhängige Lebensweise zu führen. Mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK Mitte der 1980er Jahre begann die Türkei ein System lokaler Milizen in kleinen Städten und Dörfern zu etablieren. Mit dieser Politik separierte der Staat zwischen loyalen und illoyalen Minderheiten-angehörigen. Vor allem Großgrundbesitzer wurden als Dorfschützer ernannt. Die Ausstattung mit Waffen und finanziellen Vorteilen durch den Staat, sowie rechtliche Immunität führte laut unseren Gesprächspartner*innen dazu, dass Dorfschützer in illegale Aktivi-

täten, der Inbesitznahme und Zerstörung von Wohnhäusern sowie Vergewaltigungen und Morden involviert seien. Nachdem die PKK vom Staat ernannte Dorfschützer ermordete, reagierte der türkische Staat mit einer Politik der verbrannten Erde. Von 1988 bis 1994 zerstörte das türkische Militär systematisch rund 4.500 Dörfer im Südosten. Dadurch lösten sie eine große Fluchtbewegung in die Großstädte und ins Ausland aus. Der Verein Göç-Iz-Der für Binnengeflüchtete in Diyarbakir sprach von rund fünf Millionen Vertriebenen in dieser Zeit. Dabei behauptete die Türkei, dass die PKK verantwortlich für die Zerstörung der Dörfer sei. Ein EUGH-Urteil aus dem Jahr 2004 verpflichtete die Türkei schließlich, eine Rückkehr in die Dörfer zu ermöglichen. Daraufhin sei ehemaligen Dorfbewohner*innen angeboten worden, für eine überschaubare Summe an Geld und die Abgabe einer Erklärung, die PKK habe ihr Dorf zerstört, wieder zurückkehren zu können. Nach einer erneuten Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wurde im Jahr 2013 die Verantwortlichkeit der Türkei jedoch bestätigt.

Als in der Zeit von 2013 bis 2015 wieder Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und der PKK aufgenommen wurden, starteten die kurdischen Vereine für Binnenvertriebene im In- und Ausland eine Rückführungskampagne in die Dörfer. Für viele ehemalige Dorfbewohner*innen sei es nicht leicht, finanziell und beruflich in der Stadt Fuß zu fassen. Nachdem die

Friedensverhandlungen 2015 schließlich von der Türkei einseitig wieder aufgegeben wurden, kam es zu einer erneuten Vertreibung. So ist es für die ehemaligen Dorfbewohner*innen bis heute schwierig, in ihre Dörfer zurückzukehren. Uns wurde berichtet, bei der Rückkehr gebe es Druck von Sicherheitskräften, dass sich das Dorf am Dorfschützersystem beteiligen müsse. Dorfschützer würden den Personenverkehr im Dorf kontrollieren. Zugleich verhinderten türkische Sicherheitskräfte, dass Menschen ihre Tiere auf die Weide bringen oder ihre Felder bestellen. Somit ist es schwer, im Dorf eine Lebensgrundlage aufzubauen. Die Menschen hätten Angst, sich gegenseitig im Dorf zu besuchen. Deshalb seien Bewohner*innen vor allem in stadtnah gelegene Dörfer zurückgekehrt, denn aus Sicherheitsgründen hätten sie zugleich eine Wohnung in der Stadt.

Wasser als Waffe: die großen Staudammprojekte der Türkei

Zur Vertreibung aus den Dörfern tragen auch die großen Staudammprojekte der Türkei bei, die zur Gewinnung von Elektroenergie und Bewässerungswasser beitragen sollen. Manche Staudämme werden aber auch von vornherein als „Sicherheitsstaudämme“ bezeichnet und haben primär den Sinn Dörfer und Wege der Guerilla unter dem Wasser zu begraben. In den 1970er Jahren startete die Türkei ihr Südanatolisches Staudammprojekt, was mittlerweile 22 Staudämme an den Flüssen und Nebenflüssen des Euphrat und Tigris umfasst. Zugleich kontrolliert sie mit diesen Stauseen die Wasserzufuhr der Anrainerstaaten Irak und Syrien, insbesondere die kurdische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien (AANES/Rojava). So macht



STAUSEE UND DORFSCHÜTZERDORF AUF DEM WEG ZWISCHEN ADIYAMAN UND DIYARBAKIR.

zahlreicher Gutachten und kritischer Stimmen aus dem In- und Ausland konnte der Bau nicht verhindert werden. Seit 2022 ist die 12.000 Jahre alte Höhlenstadt Hasankeyf/Heskif vollständig unter den Wassermassen versunken. Es handelte sich um die mutmaßlich älteste noch bewohnte Stadt der Welt und ist somit ein kultureller und archäologischer Verlust schier unbegreiflichen Ausmaßes. Wenngleich die türkische Regierung für die Bevölkerung Neubauhäuser errichtete, kann dies den Verlust von Heskif nicht ersetzen. Für die Menschen in der Region ist es eine Demütigung, dass ihr kulturelles Erbe zerstört wird.

die Türkei diese Staaten für ihre Interessen erpressbar und kann die Wirtschaft der an diesen Flüssen lebenden Kurd*innen direkt schädigen.

Während unserer Gespräche in Van kritisierten verschiedene Vertreter*innen der Menschenrechtsorganisation IHD und der Umweltorganisation Çev-Der die Flutung

Die gestauten Wassermassen führen zu Trockenheit in einigen Gebieten und Überflutungen in anderen. Gleichzeitig werden hierdurch jahrtausendealte Kulturlandschaft, archäologische Stätten, Dörfer und Kleinstädte entlang der Flüsse geflutet, was aus ökologischer und menschenrechtlicher Sicht lokal wie international vielfach kritisiert wurde. Die Erzeugung von Elektroenergie aus Wasser ist vergleichsweise teuer und hat hohe Folgekosten für Mensch und Natur. Durch die Schwere des Sees wird das Grundwasser gedrückt, was zum Aussterben endemischer Pflanzen- und Tierarten rund um die Gewässer führt.



Türkisch-syrische Grenze 2024 – bewässertes Land (grün) auf türkischer Seite, trockenes Land (braun) auf syrischer Seite. Grenzsoldaten hindern syrische Bäuer*innen an den Grenzflüssen an der Entnahme von Wasser. Quelle: Google Earth

Trotz der Kontroverse um den Ilisu-Staudamm fand die türkische Regierung damals u.a. beim deutschen Außenminister Joschka Fischer Zustimmung, welcher Hermesbürgschaften für das Projekt befürwortete. Aufgrund des politischen Drucks zogen die deutschen, österreichischen und Schweizer Regierungen ihre Kreditbürgschaften schließlich wieder zurück. Den-

Zugleich entstehen große Verdunstungsflächen, was das Klima in der Region beeinträchtigt und zusätzlich dazu führt, dass Wasser am Unterlauf fehlt. In den umliegenden Städten sei es im Sommer durch die Hitze und Luftfeuchtigkeit kaum noch auszuhalten und im Winter falle 75 Prozent weniger Schnee. Dabei profitieren vor allem Großgrundbesitzer von dem angestauten Wasser, da sie über die Bodenflächen, Chemikalien und Techniken für die Bewässerung ihrer Felder verfügen. Kleinbauern hingegen sind auf ein funktionierendes Ökosystem angewiesen. Darüber hinaus reichen die Entschädigungssummen für die landlose Bevölkerung der gefluteten Dörfer nicht aus. Für den Aufbau einer Existenz an anderer Stelle ist die Summe nicht ausreichend und kann den Verlust nicht kompensieren, der durch die Zerstörung der sozialen Netzwerke erfahren wird. Es entstehen neue wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse.

des Zilan-Flusses. Trotz vielfachen Widerstands haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Von der Flutung des Zilan sind nicht nur Dörfer betroffen, sondern diese würde auch die Spuren des Zilan-Massakers verdecken. Im Zilan-Tal wurde 1930 der letzte Ararat-Aufstand von türkischen Truppen niedergeschlagen, was je nach Quellenlage 15.000 bis 55.000 Tote forderte. Die Spuren dieses Massakers und somit ein wichtiger Ort im kollektiven Gedächtnis der kurdischen Bevölkerung würden durch eine Flutung überspült.

noch schien die Vertreterin der deutschen Botschaft des wieder grün-geführten Außenministeriums bei unserem Besuch im März überzeugt von der Vorreiterrolle der Türkei in Sachen erneuerbare Energien in Form von Wasserenergie. Dabei hat die Türkei viele Potenziale, erneuerbare Energie aus Wind- und Solarkraft zu erzeugen.

Weitere Infos finden Sie im IPPNW-Akzente Türkei: ipnw.de/bit/tuerkei-24

Ein anderes Beispiel für die zerstörerische Kraft von Flutungen ist der Ilisu-Staudamm. Kurz vor der Grenze zu Syrien und dem Irak staut er den Tigris auf und überflutete 50 Dörfer und Kleinstädte, während noch Leben in diesen Dörfern war. Trotz

Susanne Dyhr ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet im IPPNW-Türkeiprojekt mit.



Gesund durch den Reaktor?

Der Forschungsreaktor Garching und sein brisanter Brennstoff

In Garching vor den Toren Münchens steht ein Atomreaktor. Und er steht buchstäblich, obwohl er vom sog. Atomausstieg 2023 nicht betroffen ist und betrieben werden dürfte. Anders als die abgeschalteten deutschen Atomkraftwerke (AKW) produziert der Forschungsreaktor München 2 (FRM II) der Technischen Universität nämlich keinen Strom, sondern erzeugt durch Kernspaltung Neutronen für die Forschung. Noch etwas unterscheidet ihn von einem AKW: Anstatt auf vier Prozent ist das spaltbare Uran 235 beim Garchinger Reaktor auf 93 Prozent – und damit auf eine atomwaffenfähige Konzentration angereichert. Dieses hoch angereicherte Uran, Highly Enriched Uranium (HEU), löste weltweit – auch bei der IPPNW – Kritik aus.

Schon lange sollte der Reaktor, der vor 20 Jahren startete, auf niedriger angereichertes Uran umgerüstet sein, doch bis heute hat sich nichts geändert. Deshalb hat der BUND Naturschutz in Bayern Klage gegen den Freistaat Bayern mit dem Ziel der Stilllegung des Reaktors erhoben – und im Juni in der ersten Instanz in München vorerst verloren. Das bedeutet, dass der Atommeiler, der wegen verschiedener technischer Probleme seit über vier Jahren außer Betrieb ist, Ende 2024/Anfang 2025 wieder anlaufen dürfte. „Angesichts der weltweit wachsenden Atomgefahren ist der Weiterbetrieb des Forschungsreaktors Garching mit atomwaffenfähigem Uran-Brennstoff unverständlich und ein völlig falsches Signal“, findet die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen.

Von Anfang an umstritten

Schon in der Planungsphase in den 1990er Jahren sorgte der brisante Brennstoff für internationale Verwerfungen, sogar mit

den USA. Die Vereinigten Staaten hatten in den 1970er Jahren die weltweite Umstellung des Betriebs von Forschungsreaktoren von hoch angereichertem auf niedrig angereichertes Uran angestoßen, um die Gefahr der Verbreitung (Proliferation) von atomwaffenfähigem Material einzudämmen. Ein ziemlich erfolgreiches Programm, mit dem es gelang, durch besondere hochdichte Materialien *anstelle* von hoher Anreicherung die gewünschten hohen Neutronenflüsse in Reaktoren zu erzielen. Die Münchener Forscher wollten entgegen der Absicht des Programms mit der Kombination von neuartigen Materialien *und* einer hohen Anreicherung sehr hohe Neutronenflüsse in einem vergleichsweise kleinen Reaktor erzeugen. Die Vereinigten Staaten – traditionell Lieferant von Uran für die deutschen Forschungsreaktoren – weigerten sich daraufhin, den FRM II zu beliefern. Doch die Garchinger Physiker, massiv unterstützt von der CSU-Regierung, ließen sich auch durch weltweiten Widerstand nicht von ihren Plänen abbringen.

Der Bombenstoff aus Moskau

Obwohl die USA ab 1992 kein HEU mehr exportierten, erweckte die TU München lange den Eindruck, als gäbe es bei der Versorgung mit HEU kein Problem. Man greife auf „mitteleuropäische Quellen“ zurück, wurde behauptet. In Wirklichkeit fanden geheime Gespräche in Moskau statt, was die TU leugnete. Doch die Lüge flog auf. Es wurde ein Rahmenabkommen mit der Russischen Föderation über die Lieferung von 1.200 kg HEU unterzeichnet. Bis heute schweigt sich die TU über die tatsächlich gelieferte Menge aus.

Mit dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung 1998 ging das jahrelange Ringen um den Einsatz des HEU in eine entschei-

dende Phase. Die Auseinandersetzung endete vorläufig damit, dass der seinerzeitige grüne Umweltminister Jürgen Trittin die vom Bayerischen Umweltministerium geplante Genehmigung für den Betrieb des FRM II nur unter der Bedingung akzeptierte, dass der Reaktor bis Ende 2010 auf den Betrieb mit weniger als 50 Prozent angereichertem Uran umgestellt sein musste. Doch das ist bis heute nicht geschehen, obwohl es ohne nennenswerte Einbußen bei den wissenschaftlichen Experimenten möglich wäre.

Eiertanz um die Umrüstung

Die Umrüstung des Reaktors wurde wieder und wieder verschoben, zuletzt in einer geheimen Vereinbarung zwischen dem Bundesforschungs- und dem bayerischen Wissenschaftsministerium *sogar ohne Fristsetzung*. Da riss den Kritiker*innen des HEU-Einsatzes der Geduldtsfaden. Der BUND Naturschutz in Bayern, das Umweltinstitut München, die Grüne Landtagsfraktion und die örtliche Bürgerinitiative forderten 2019 die Einstellung des Betriebs. Ein Rechtsgutachten hatte nachgewiesen, dass der Reaktor wegen der nicht erfolgten Umrüstung seit dem 1. Januar 2011 keine Genehmigung mehr habe und sein Betrieb somit illegal sei. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) folgte aber mit seiner Ablehnung der Klage im Wesentlichen den Argumenten des bayerischen Umweltministeriums. Die in der Genehmigung festgelegte Frist zur Umrüstung des Reaktors von auf 93% hoch angereichertem und damit waffenfähigem Uran 235 auf niedriger angereichertes Uran bis Ende 2010 sei „völlig frei gesetzt“ und objektiv nicht einzuhalten gewesen. Bund-Naturschutz-Landesgeschäftsführer Peter Rottner erklärte dazu, „dass er die mit dem FRM II-Prozess ver-



DER FRM II IN GARCHING

bundenen grundsätzlichen Rechtsfragen für so bedeutend halte, dass auch die nächste Instanz gefragt werden wird“. So ist es recht wahrscheinlich, dass sich die Klageparteien vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wiedersehen.

Möglicherweise durch die Klage unter Druck geraten, präsentierte die TU 2023 überraschend Pläne, wonach es jetzt sogar möglich sei, in *einem* Schritt von 93 Prozent auf weniger als 20 Prozent Anreicherung umzustellen. Nach Ansicht von Umweltschützern und Kritiker*innen des HEU-Einsatzes handelt es sich dabei aber wieder um ein Spiel auf Zeit. So müssen z.B. bei dem gewählten neuen Brennstoff (monolithisches Uran-Molybdän) umfangreiche Bestrahlungstests einem jahrelangen Genehmigungsverfahren vorausgehen, das angeblich schon 2025 eingeleitet werden soll. In der oben erwähnten Vereinbarung heißt es dazu: „Die Parteien sind sich einig, dass der FRM II bis zur Umrüstung weiterhin mit HEU betrieben werden muss.“ Selbst die TU spricht von einem Regelbetrieb nicht vor 2032.

Gesund durch den Reaktor?

Warum aber bestehen die Garchinger Neutronenforscher so hartnäckig auf dem Einsatz des hoch angereicherten Urans und dem damit verbundenen hohen Neutronenfluss? Eine besondere Rolle spielt dabei die Medizin – weniger in der Praxis, dafür schon seit den 1990er Jahren umso mehr in der Öffentlichkeitsarbeit. Krebs – das klingt auch heute noch in den Ohren vieler Menschen wie ein Todesurteil. Berichte in den Medien über neue Therapien gegen diese Geißel der Menschheit können sich der Aufmerksamkeit sicher sein. So sah der damalige Präsident der

TU Wolfgang Herrmann mit dem FRM II eine „neue Ära ... in der Behandlung, in Diagnose und Therapie insbesondere von Krebserkrankungen“ heraufziehen. Doch statt von seinerzeit propagierten 120 Behandlungen *pro Woche* spricht die TU heute von *insgesamt* 120 Patient*innen, die in den 20 Jahren seit Betriebsbeginn des FRM II von einer Strahlenbehandlung profitiert hätten. Die direkte Tumorbestrahlung sei „nicht der Riesenerfolg“ gewesen, sagt die TU heute. Das hatten Kritiker*innen der Anlage freilich schon lange vorhergesagt. In der Auseinandersetzung um den Bau des Reaktors und seine Bedeutung für die Medizin war schon früh deutlich geworden, dass es zu der Krebstherapie mit Neutronen billigere und besser geeignete Alternativen gibt. Der 2011 verstorbene Münchener Mediziner und Biochemiker Prof. Roland Scholz beurteilte seinerzeit die Notwendigkeit des Reaktors für die Medizin mit harschen Worten: „Der Neubau eines Forschungsreaktors in Garching (...) instrumentalisiert die Krebsangst der Menschen (...) im Interesse von Profit und Prestige.“

Inzwischen wird von den Reaktorbetreibern die mögliche Produktion von Radiopharmaka herausgehoben. So soll eine leistungsfähige Produktion des Radioisotops Lutetium 177 aufgebaut werden, mit dem ein sehr spezieller Prostatakrebs behandelt werden könnte. Pressesprecherin Andrea Voit rechnet damit, dass – wenn der Reaktor wieder in Betrieb ist – pro Woche 2.500 Patientendosen des erst 2022 zugelassenen und daraus hergestellten Medikaments produziert werden könnten.

Und auch Molybdän 99, das zu Technetium 99 zerfällt, welches in drei Vierteln aller weltweit durchgeführten nuklearme-

dizinischen Diagnosen eingesetzt wird, soll künftig am FRM II produziert werden. Auch hier weckte man früher hohe Erwartungen, die nicht erfüllt wurden. Die europäischen Forschungsreaktorbetreiber hatten den Beginn der Produktion in Garching schon für 2019 in Aussicht gestellt. Tatsächlich wurde der lange vorher gestellte Antrag überhaupt erst 2022 genehmigt. Ob sich die hohen Erwartungen, die mit medizinischen Anwendungen des umstrittenen Reaktors verbunden sind, diesmal erfüllen? Von Engpässen oder gar Notständen in der Versorgung mit Radiopharmaka wurde während des fast fünfjährigen Stillstands des Garchinger Reaktors zumindest einer breiten Öffentlichkeit nichts bekannt. „Fast jede Universitätsklinik betreibt so wieso einen eigenen Teilchenbeschleuniger für Bestrahlungen und die Produktion von bestimmten Radiopharmaka“, weiß die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen.

Offen ist aber auch die Entsorgung der abgebrannten Brennelemente des Reaktors. Immer noch atomwaffenfähig, lagern sie in einem Becken des Reaktors, das fast randvoll ist. Da es kein Endlager gibt, sollen sie in ein Zwischenlager im nordrhein-westfälischen Ahaus. Die Stadt Ahaus wehrt sich, die Genehmigungen sind noch nicht erteilt, aber die Zeit drängt, falls der Reaktor tatsächlich wieder in Betrieb geht. Drohen noch 2024 Transporte atomwaffenfähigen Materials quer durch Deutschland?

Karl Amansberger ist ehemaliger Leiter des Präsidialbereichs beim Bundesamt für Strahlenschutz.



Kasachstans nukleares Erbe

Die Vergangenheit der Atomtests ist noch nicht aufgearbeitet

Im Mai 2024 veranstalteten die kasachische Jugendorganisation STOP, ICAN Deutschland und die Friedrich-Ebert-Stiftung Kasachstan eine Bildungsreise, um die nukleare Geschichte Kasachstans, insbesondere das ehemalige Atomwaffentestgelände der Sowjetunion in Ostkasachstan, zu erkunden und von Betroffenen, regionalen Expert*innen und Aktivist*innen zu lernen. Mitglieder der IPPNW und der DFG-VK waren ebenfalls dabei.

Die Atomtests der Sowjetunion

Die Atomwaffentests in Semipalatinsk, heute als Semei bekannt, waren eine Serie von Atomwaffentests, die die Sowjetunion von 1949 bis 1989 durchführte. Über 450 Tests wurden auf dem sogenannten Polygon-Testgelände durchgeführt, mit sowohl oberirdischen als auch unterirdischen Explosionen. Diese Tests verursachten erhebliche gesundheitliche und ökologische Schäden in der Region. Die Bewohner*innen leiden bis heute unter schwerwiegenden Gesundheitsproblemen wie Krebs, genetischen Schäden und anderen strahlenbedingten Krankheiten. Trotz des Endes der Tests hinterließen sie eine schwere radioaktive Verseuchung, die die Bevölkerung und die Umwelt weiterhin belastet. Die Bemühungen um Aufarbeitung und Entschädigung der Betroffenen dauern an und stehen im Fokus vieler sozialer und politischer Initiativen.

Die Situation der Überlebenden und Aktivist*innen

„Auch wenn wir gesund aussehen: Wir alle haben fünf, sechs Krankheiten und Menschen sterben, bevor sie 60 Jahre alt werden. Wegen des Polygons begehen Menschen Selbstmord, und jede Minute werden Babys mit Krankheiten geboren.“ Aussagen wie diese waren es, die der Rei-

segruppe das Ausmaß des bestehenden Traumas und die teils nicht aufgearbeitete Vergangenheit der Atomtests in der ehemaligen Sowjetunion klar machten.

Maira Abenova, Überlebende der sowjetischen Atomtests in Semei und Gründerin der Organisation Polygon 21, ermöglichte Gespräche mit Betroffenen in Astana und Semei. Viele Überlebende berichteten von gesundheitlichen Problemen und betonten hohe medizinischen Kosten und unzureichende Entschädigungen. Sie hoffen auf internationale Aufmerksamkeit, besonders von den Vereinten Nationen, und beklagen, dass ihre Stimmen nicht so weit reichen wie die aus Hiroshima und Nagasaki. Betroffene beschrieben ihre damalige Situation als „biologisches Material der Atomwaffentests für die Wissenschaft“ und äußerten Sorgen über die Auswirkungen auf zukünftige Generationen und das gesellschaftliche Stigma innerhalb Kasachstans. Trotz ihrer Bemühungen, internationale Aufmerksamkeit zu erlangen, fühlen sich die Betroffenen häufig im Stich gelassen. Organisationen wie Polygon 21 setzen sich dafür ein, die Stimmen der Überlebenden zu verstärken und bessere Entschädigungen sowie Unterstützung durch die Regierung und internationale Gemeinschaft zu erreichen. Die Hoffnung besteht, dass ihre Erfahrungen und Forderungen, ähnlich wie die der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, weltweit Gehör finden.

Sicherheit durch nukleare Abrüstung?

Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fragen sich viele Ukrainer*innen und nun auch Kasach*innen, ob die nukleare Abrüstung ihrer Länder nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein Fehler war und ob die Ukraine nun den Preis für ihre friedlichen Absichten zahlt.

Kasachstan spielt in der internationalen Diskussion über nukleare Abrüstung eine nahezu einzigartige Rolle. Nach der Auflösung der Sowjetunion besaß das Land das viertgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Dennoch entschied sich die Regierung Kasachstans 1994 gegen den Besitz von Atomwaffen und schaffte ihr Arsenal ab. Diese Entscheidung beruhte auf mehreren Faktoren: Zum einen wurden die meisten Atomwaffenexpert*innen der ehemaligen Sowjetunion nach Russland abgezogen. Dadurch ging in vielen Bereichen Expertenwissen und Know-How verloren. Zum anderen befanden sich die Kontrollstationen der Atomwaffen in Moskau. Daher hatte die kasachische Regierung keinerlei Kontrolle über ihre Atomwaffen und hätte im Ernstfall zusehen müssen, wie Moskau die Atomwaffen von kasachischem Gebiet aus startet.

Allgemein gesehen missfällt die enge Verbindung der kasachischen und russischen Militärs vielen im Land, da die Ausbildung der kasachischen Militärs teilweise in Russland selbst stattfindet und der Einfluss Russlands im kasachischen Militär dadurch sehr groß ist. Auch der Weltraumbahnhof Baikonur liegt auf kasachischem Gebiet, wird aber weiterhin an die russische Föderation verpachtet und fungiert somit als russisches Staatsgebiet. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine schüren diese Tatsachen weiter große Unsicherheiten bei den kasachischen Bürger*innen.

Auch andere Kräfte wie die USA spielten eine entscheidende Rolle in der nuklearen Abrüstung Kasachstans. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geriet Kasachstan in eine schwierige Lage, da Know-How und Wirtschaft nach Russland abwanderten und viele Menschen plötzlich ohne Arbeit und Perspektiven dastanden. Das Land war wirtschaftlich am Boden,



ATOMTEST-BETROFFENE IN ASTANA

Foto: Bennet Rietdorf

und die Bevölkerung litt unter Hunger, ohne Aussicht auf Hilfe. Die USA sahen in Kasachstan eine Gelegenheit, eine Verbindung zu einem zentralasiatischen Staat aufzubauen, der die längste Landgrenze zu Russland hat. Ihre Investitionen in das Land waren jedoch an die Bedingung geknüpft, dass Kasachstan seinen Status als Atommacht aufgibt. Für die USA war es ein großes Problem, dass 1991 mit Belarus, der Ukraine und Kasachstan plötzlich drei neue Atomkräfte entstanden. Sie befürchteten eine Destabilisierung der Welt und setzten alles daran, diese Staaten zur Vernichtung ihrer Arsenale zu bewegen.

Aufgrund der nuklearen Abrüstung, die für Kasachstan angesichts der genannten Fakten praktisch unausweichlich war, musste die Regierung ein eigenes Sicherheitskonzept entwickeln. Bei unserem Besuch in verschiedenen Institutionen, darunter das Außenministerium, wurde häufig von einer „Zero-Problem-Policy“ (Null-Problem-Strategie) gesprochen. Diese Strategie zielt darauf ab, freundschaftliche Beziehungen zu den meisten Ländern zu pflegen, insbesondere zu den Nachbarstaaten. Geographisch gesehen liegt Kasachstan in einer komplexen Lage. Im „Sandwich zwischen Russland und China“, wie es ein Vertreter des Außenministeriums formulierte, ist es stets eine Gratwanderung zwischen der Durchsetzung eigener Interessen und der Kompromissbereitschaft für gute Beziehungen.

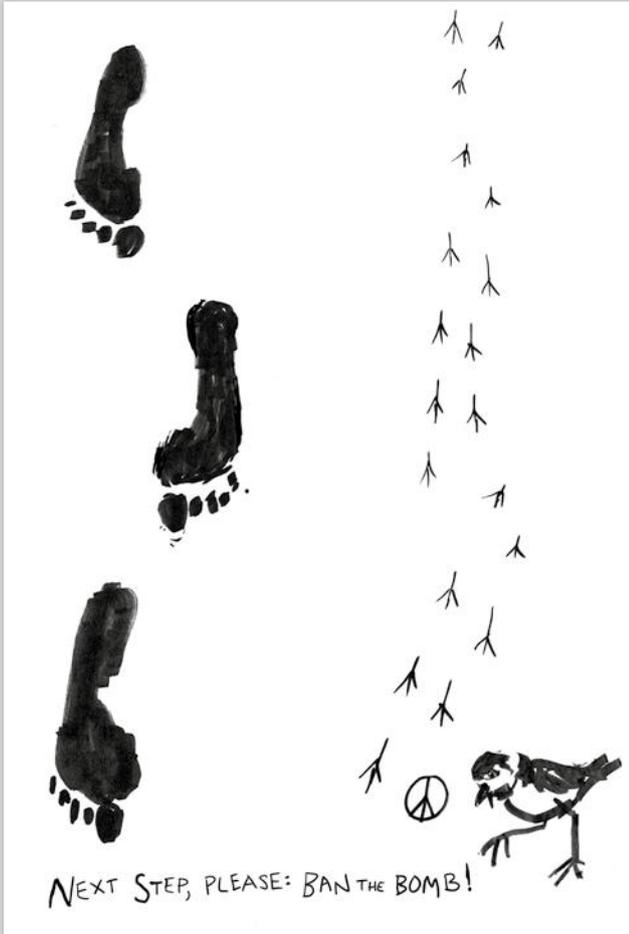
Sicherheitspolitisch strebt die kasachische Regierung eine allmähliche Distanzierung von Russland an, zugunsten einer Annäherung an China, um weiterhin von einem Schutzschirm sowie von Know-How und Ausbildungskapazitäten zu profitieren. Ob dieser Schritt in die richtige Richtung führt, bleibt allerdings abzuwarten. Teil der „Zero-Problem-Policy“ (ZPP) ist auch die Pflege guter Beziehungen zu westlichen Staaten und Teilen der NATO. Kasachstan beschränkt sich somit nicht nur auf regionale Gegebenheiten, sondern erweitert seine Sicherheitsarchitektur und wirtschaftlichen Beziehungen, um eine weltweite Vernetzung zu erreichen.

In der Sicherheitsstrategie Kasachstans sollten auch vier weitere „-stans“ in Zentralasien berücksichtigt werden. Zusammen mit Usbekistan, Kirgisistan, Turkmenistan und Tadschikistan bildet Kasachstan den Kern Zentralasiens. Diese Länder teilen eine sowjetische Vergangenheit und auch eher ein autoritäres Demokratieverständnis in unterschiedlicher Ausprägung. Ihre geografische Lage hat in den letzten Jahren zu verstärkter Zusammenarbeit geführt, sodass sie sich als zentralasiatischer Block positionieren. Aus sicherheitspolitischer Sicht arbeiten diese fünf Länder eng zusammen und fördern friedliche Konfliktlösungen, Krisenbewältigung, Diplomatie und konstruktiven Dialog.

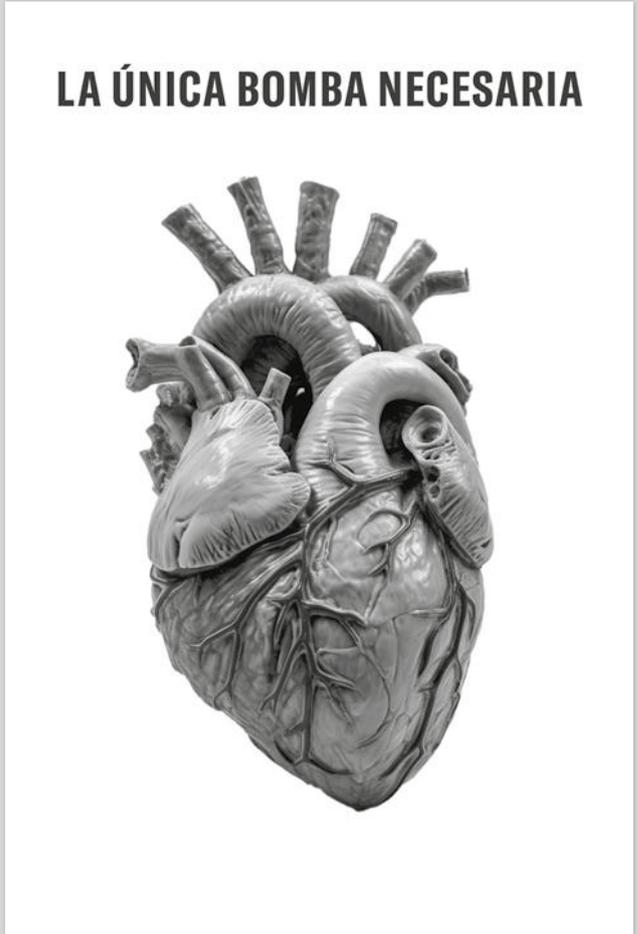
Die Schaffung der ersten kernwaffenfreien Zone in der nördlichen Hemisphäre ist eine bedeutende Errungenschaft dieser Staaten und sendet eine klare Botschaft an die umliegenden Länder, einschließlich der Atomwaffenstaaten Indien und Pakistan. Die vermeintlich kleinen Länder, oft selbst von Atomwaffen und -tests betroffen, erheben ihre Stimme gegen eine nukleare Aufrüstung in Asien. Dieses Vorgehen sollte von weiteren Ländern, auch aus dem Westen, unterstützt werden. Die nukleare Teilhabe hindert jedoch viele Regierungen daran. Während einige glauben, dadurch mehr Sicherheit zu gewinnen, konnten wir in Kasachstan einen anderen Ansatz kennenlernen. Ob Atomwaffen in Deutschland unsere Region sicherer machen oder uns zu einem weiteren potenziellen Ziel machen, liegt im Ermessen der Leser*innen.



Yannick Kiesel ist Referent für Friedenspolitik bei der DFG-VK und Mitglied im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands.



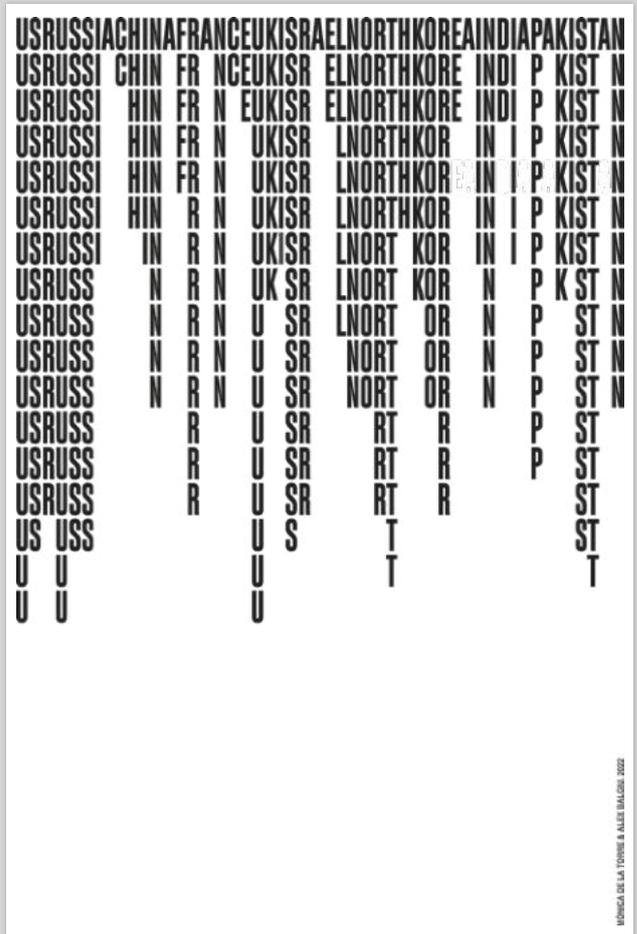
IRINA NAKHOVA



REGINA JOSÉ GALINDO



JORGE CHAMORRO



MÓNICA DE LA TORRE & ALEX BALGIU



Alle Poster der
Artists against the Bomb finden
Sie hier: artistsagainstthebomb.org

Artists against the Bomb

Plakatkunst für die Abschaffung von Atomwaffen

**Nuclear War
is Bad for
Kittens.**



HARRELL FLETCHER 2022

Nuclear War is Bad for Kittens. Unter dem Schriftzug ist eine Babykatze zu sehen, die man nur ungern mit dem Ende der Welt in Verbindung bringen möchte. Diesen irritierenden Effekt provozierte der US-amerikanische Künstler Harrell Fletcher in seinem Posterbeitrag zu Artists Against The Bomb absichtlich. Die Kampagne „Artists Against the Bomb“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Gefahren von Atomwaffen ästhetisch und affektiv vermittelbar zu machen und auf diese Weise die unmittelbare Bedrohung spürbar werden zu lassen, die zwar unsichtbar zu sein scheint, jedoch dringendes Handeln erfordert.

Beteiligt ist eine Vielzahl international bekannter Künstlerinnen und Künstler, jede*r von ihnen mit einem Plakat. Enthalten sind sowohl historische Plakatt motive als auch Arbeiten, die für das Projekt neu in Auftrag gegeben wurden. Die Poster dokumentieren die Kulturgeschichte der Abrüstungsbewegungen und zeigen die Vielfalt der künstlerischen Ausdrucksformen für das Verbot der Bombe.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens von ICAN Deutschland zeigt ICAN ausgewählte Werke in Berlin und lädt dazu ein, sich mit künstlerischen Perspektiven auf die verheerenden Folgen von Atomwaffen auseinandersetzen. Die Ausstellung im Aufbau Haus am Moritzplatz soll als Ort des Lernens und Versammelns, des Austauschs und der Begegnung dienen.

Die Kampagne „Artists Against the Bomb“ entstand 2023. Sie wird von Estudio Pedro Reyes in Zusammenarbeit mit ICAN organisiert.

Die Stationierung von US-Raketen verschärft die nukleare Bedrohung

— Wer gegen die neue Aufrüstung ist, muss jetzt die Stimme erheben! —

Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges sollen in Deutschland wieder US-Raketen stationiert werden, die Russland treffen könnten. Dieser Tabubruch hat einen gefährlichen neuen Rüstungswettlauf eingeläutet, der keine Sicherheit, sondern kommende Katastrophen vorbereitet.

Die entscheidende Pressemitteilung des Weißen Hauses ist lediglich acht Zeilen lang. In dieser kündigen die USA und Deutschland gemeinsam die Stationierung US-amerikanischer Raketen in Deutschland an. Die Nachricht kam für viele überraschend – nicht zuletzt, weil ihr in Deutschland keinerlei parlamentarische Debatte vorausging.

Konkret geht es in der Ankündigung um drei Waffentypen. Erstens, um die Lenkwaffe SM-6, eine Kurzstreckenrakete, die wohl in einer Version für die Zerstörung von Zielen am Boden geliefert werden soll. Zweitens, um Hyperschallwaffen, die derzeit zwar noch in der Entwicklung sind, von denen es jedoch schon konventionell und nuklear bestückbare Modelle gibt. Und drittens, um US-Marschflugkörper des Typs Tomahawk, also Mittelstreckenraketen, die ebenfalls konventionell oder nuklear bestückt werden können. Von diesem Waffentyp soll vermutlich die derzeit nur konventionell nutzbare, landgestützte Version stationiert werden. Eine nukleare Option ist nicht vorgesehen. Die Ankündigung bedeutet dennoch eine Steigerung im aktuellen Rüstungswettlauf.

Verteidigungsminister Pistorius erklärte die Stationierung in Deutschland zu einer bloßen Abschreckungsmaßnahme. Russland habe in der Vergangenheit ähnliche Waffensysteme stationiert, etwa in Kaliningrad. Nun gehe es lediglich darum, »diese Lücke zu schließen«. Tatsächlich aber liegen handfeste politische Gründe vor, wie-

so die Entscheidung gerade jetzt bekannt gegeben wurde: Deutschland möchte seine Rolle innerhalb der NATO stärken und gegenüber der Weltgemeinschaft Handlungsbereitschaft und Willensstärke demonstrieren.

Der letzte Sargnagel für die Rüstungskontrolle

Ein Blick in die Geschichte verdeutlicht die Tragweite der Entscheidung der Bundesregierung. Bereits während des Kalten Krieges drohte Europa immer wieder zum atomaren Schlachtfeld zu werden. Und auch damals spielte die Stationierung von Tomahawks in Westeuropa eine wichtige Rolle. Damals wurde die nukleare Version dieser Marschflugkörper in Deutschland als eine der beiden Säulen des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 stationiert. Die Friedensbewegung und große Teile der Wissenschaft und des Gesundheitswesens warnten daraufhin eindringlich vor den Gefahren einer ungehemmten Bewaffnung mit immer mehr Atomraketen. Das Abrüstungsabkommen – der INF-Vertrag – zwischen den USA und der Sowjetunion über nukleare Mittelstreckensysteme führte im Ergebnis dazu, dass die Tomahawks Ende der 1980er Jahre unter Ronald Reagan zusammen mit den Pershing-II-Raketen aus Deutschland abgezogen wurden.

Das Versprechen auf derlei Verhandlungen bildete die andere Säule des Doppelbeschlusses der NATO. Doch auch der Protest aus der Zivilgesellschaft gegen Atomwaffen baute politischen Druck auf.

Der INF-Vertrag war ein Durchbruch für die nukleare Abrüstung und insbesondere für die Sicherheit der europäischen Staaten entscheidend, denn diese liegen in der Reichweite der Mittelstreckensysteme. Seitdem blieb Europa weitgehend von einer Aufrüstung im großen Stil verschont. Viele glaubten in den 1990er Jahren, das Wettrüsten des Kalten Krieges sei Geschichte.

Dazu trugen auch Errungenschaften im Bereich der Atomtests bei. Im Jahr 1996 unterschrieb Bill Clinton als damaliger US-Präsident den Vertrag über das umfassende Verbot von Atomtests. Konservativen Schätzungen zufolge führten die Tests allein bis zum Jahr 2000 zu mindestens 430.000 Krebstoten weltweit. Die Menschen in den ehemaligen Testgebieten leiden bis heute unter den schwerwiegenden gesundheitlichen und sozialen Folgen der Atomwaffentests. Trotz dieser verheerenden Auswirkungen ratifizierten die USA den Vertrag nie, was im vergangenen Jahr Konsequenzen hatte: Russland zog seine Ratifizierung 2023 zurück.

Gleichzeitig wurden bestehende Rüstungskontrollverträge schrittweise ad acta gelegt. Der für Europa so wichtige INF-Vertrag wurde 2019 von den USA unter Donald Trump gekündigt. Begründet wurde dies mit der Anschuldigung, Russland würde neue Waffensysteme entwickeln, die gegen den Vertrag verstießen. Diese Sicht wird von verschiedenen Expertinnen und Experten gestützt, auch wenn die USA ihre Beweise nie offengelegt haben. Andererseits bezichtigte auch Russland die USA des Vertragsbruchs. Der INF-Vertrag wurde zum politischen Spielball zweier Staaten, für deren Interessen er mittlerweile eher hinderlich war. So erklärte der damalige Nationale Sicherheitsberater von Donald Trump, John Bolton, dass er den



HIROSHIMA-TAG 2024 IN NÜRNBERG

Foto: IPPNW Nürnberg

Vertrag aus dem Weg haben wollte, da er die USA zu sehr einschränke. Nun war die Bahn frei für einen hemmungslosen Rüstungswettlauf, dessen neue Phase jetzt eingeläutet wurde.

Neue atomare Gefahr

Das gemeinsame Statement der USA und Deutschlands bricht endgültig das langsam erodierte Tabu der Mittelstreckenraketen in Europa. Ihre Stationierung bietet Putin eine neue Gelegenheit, die er sicherlich gerne annimmt. Bereits Ende Juni hatte er öffentlich vorgeschlagen, wieder Mittelstreckenraketen zu produzieren. Davon wird er nun kaum mehr abrücken, Russland wird mit der Stationierung dieser Waffensysteme reagieren. Zusätzlich kündigt das deutsch-amerikanische Statement an, Hyperschallwaffen nach Deutschland zu bringen. Diese sind derzeit zwar noch in der Entwicklung, doch bei ihrer Stationierung werden sie eine Frühwarnung nahezu unmöglich machen. Wenn diese nuklear bestückt werden – oder auch nur der Verdacht besteht, dass sie es sein könnten –, dann erleben wir eine atomare Gefahr, die die Hochzeiten des Kalten Krieges überschatten wird. Denn im Anflug lassen sich atomare und konventionelle Geschosse nicht unterscheiden.

Zudem birgt bereits die konventionelle Version ein enormes Risiko und erhöht die Gefahr eines Nuklearschlags. Denn auch Russland besitzt Hyperschallwaffen und entwickelt weitere. Bei einer tatsächlichen Stationierung von US-Hyperschallwaffen in Deutschland ist auch hier das Gleichziehen Russlands absehbar. Die Vorwarnzeiten in Europa schrumpfen also auf Minuten zusammen, in denen über das mögliche Ziel des Angriffs entschieden werden kann. Das macht nicht nur die Ra-

ketenabwehr unmöglich, es steigert auch die Gefahr von Fehleinschätzungen und weiterer, eskalierender Reaktionen bis hin zu vermeintlichen Zweitschlägen.

In den 1980er Jahren gab es einen NATO-Doppelbeschluss, der die Stationierung von Mittelstreckenraketen klar mit der Notwendigkeit von Rüstungskontrolle verband. Heute sehen wir einen deutsch-amerikanischen Beschluss, der keinerlei Perspektive für Rüstungskontrolle oder Abrüstung enthält. Doch es scheint, als wären die heutigen Entscheidungsträger blinder gegenüber der Gefahr als jene des Kalten Krieges.

Das allein wäre dramatisch genug. Sollte Donald Trump die US-Präsidentschaftswahl gewinnen, könnte es noch schlimmer kommen. Joe Biden hat bereits die höchsten Ausgaben für Atomwaffen seit dem Kalten Krieg freigegeben. Alleine in 2023 waren es 51,5 Milliarden US-Dollar und damit 17,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Donald Trump würde diese Ausgaben vermutlich noch weiter erhöhen. Einen Vorgeschmack darauf bietet das „Projekt 2025“, eine Art Manifest, das von einer Koalition von rund hundert ultrarechten Gruppen unter der Federführung der Heritage Foundation für eine mögliche Wiederwahl Trumps erarbeitet wurde. Sollte er auch nur einen Teil dieser Vorschläge umsetzen, haben wir alle großen Grund zur Sorge. Denn das „Projekt 2025“ verspricht eine feindliche Übernahme der Demokratie in den USA, einen Abbau des administrativen Staates und eine massive nukleare Aufrüstung.

Das US-Atomwaffenprogramm soll umfassend ausgebaut werden, insbesondere die Finanzierung der Entwicklung und Herstellung neuer Waffen und Atomsprenköpfe.

Das erklärte Ziel ist es, die Anzahl der Atomwaffen zu erhöhen, sogar über die im New START-Vertrag erlaubten Zahlen hinaus. Dieser Vertrag ist das letzte verbliebene Rüstungskontrollabkommen zwischen Russland und den USA. Er läuft 2026 aus. Russland setzte das Abkommen im vergangenen Jahr jedoch vorzeitig aus. Die Wiederwahl Donald Trumps und die Erweiterung des US-Arsenals dürften das Ende des Vertrags besiegeln. Das »Projekt 2025« hingegen hat weitere Pläne, um den US-Atomwaffenkomplex zu stärken, wie etwa die Erhöhung der Produktion von Plutoniumkernen.

Deutschland sollte auf Abrüstung bestehen

Heute lautet die Gretchenfrage also erneut: Wie hältst du's mit den Atomwaffen? Wer dagegen ist, muss jetzt die Stimme erheben. Die angekündigten Stationierungen sind ein Tabubruch im aktuellen Rüstungswettlauf, der auch das Risiko einer nuklearen Eskalation weiter erhöht. Deutschland sollte bei diesem neuen Wettrüsten nicht mitmachen, sondern auf Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung bestehen. Denn ohne diese Perspektive droht Europa zum atomaren Schlachtfeld zu werden.

Dies ist die Kurzfassung des gleichnamigen Textes aus dem Jacobin Magazin.



Xanthe Hall und Juliane Hauschulz sind IPPNW-Expertinnen für atomare Abrüstung.

Stationierung von Mittelstreckensystemen in Deutschland

— Eine Stellungnahme der VDW-Studiengruppe „Frieden und Europäische Sicherheit“ —

Am Rande des NATO-Gipfels in Washington am 10. Juli 2024 haben die Regierungen der USA und Deutschlands in einer bilateralen Erklärung angekündigt, ab 2026 bodengestützte US-Raketen und Marschflugkörper (*LRF, Long-Range Fire Deployments*) in Deutschland mit unterschiedlichen Reichweiten (460 bis 3.000 km) zunächst zeitweilig, später dauerhaft zu stationieren.

Dies soll im Rahmen einer von fünf weltweit verfügbaren Multi-Domain Task Forces (MDTF) der USA geschehen, die über einen Mix von landgestützten SM-6 Raketen, Tomahawk-Marschflugkörpern und Überschallflugkörpern LRHW (*Long-Range Hypersonic Weapons*) verfügen. Sie sollen vor allem die Fähigkeit Chinas (*Anti-access/Area Denial; A2/AD*) durchbrechen, den Zugang der USA im Indo-Pazifik zu beschränken, aber auch die „integrierte Abschreckung“ der NATO gegenüber Russland verstärken (siehe dazu die Analyse von Wolfgang Richter unter ipnw.de/bit/fes).

Die bilaterale Stationierung dieser Systeme wurde von den Regierungen der USA und Deutschlands ohne öffentliche Diskussion vorbereitet und entschieden. Dadurch entstand der Eindruck, dass die Bundesregierung einer öffentlichen Strategiediskussion in Politik und Öffentlichkeit aus dem Weg gehen wollte. Der bloße Hinweis auf eine Fähigkeitslücke im Abschreckungsspektrum reicht nicht aus als Begründung dafür, dass die Bundesregierung auf die US-amerikanische Absicht eingeht, diese Raketensysteme in Deutschland zu stationieren. Denn diese konventionell bestückten Systeme implizieren weitreichende Folgen für die Sicherheit Europas und die globale nuklearstrategische Stabilität und erhöhen die nuklearen Risiken der deutschen Bevölkerung.

Russland verfügt seit vielen Jahren über doppelverwendbare („*dual capable*“) land-, see- und luftgestützte Trägersysteme kurzer und mittlerer Reichweite, die auch mit konventioneller Nutzlast im Ukraine-Krieg eingesetzt werden. Obwohl der INF-Vertrag im August 2019 außer Kraft getreten ist, blieb seine Definition der Reichweitenbegrenzung für landgestützte Marschflugkörper und

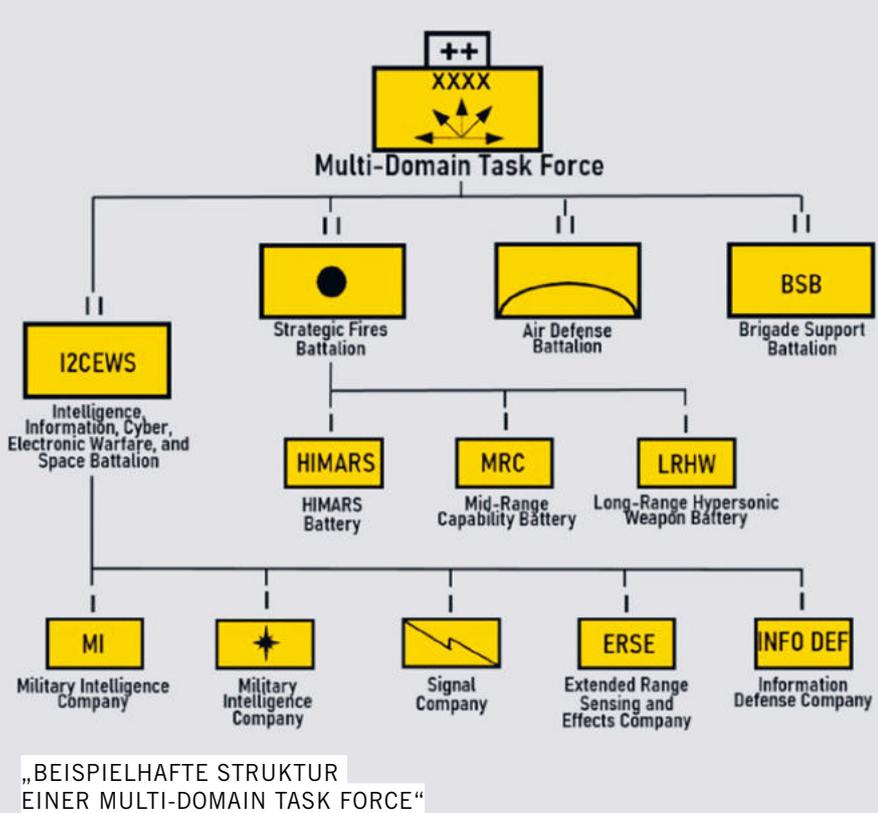
ballistische Raketen noch bis 2023 eine konzeptionelle Grundlage für die bilaterale Diskussion zwischen den USA und Russland über ein INF- Stationierungsmoratorium. Auch die NATO-Staaten haben ein großes Arsenal von luft- und seegestützten konventionellen Präzisionsflugkörpern für Angriffe in der räumlichen Tiefe Russlands, nicht aber stationierte landgestützte Marschflugkörper oder ballistische Raketen mit Reichweiten über 300 km hinaus. Modifizierte ATACMS-Raketen werden jedoch in absehbarer Zeit eine Reichweite von 500 km erreichen und somit die der Iskander-Rakete spiegeln. Während die bisherige Begründung der Bundesregierung auf die zahlenmäßige Unterlegenheit hinsichtlich der russischen Raketensysteme konzentriert ist, geht es der US-Armee auf der Grundlage des 2018 herausgegebenen Konzepts „The U.S. Arms in Multi-Domain Operations 2018“ um die Implementierung von Optionen mit dem Ziel, im Kriegsfall mit Russland oder China Ziele in der Tiefe des gegnerischen Raums zu zerstören. Damit schaffen sich die USA nolens volens in Europa zusätzlich auch eine Abschreckungs- und Kriegsführungsoption zur Neutralisierung russischer strategischer Basen in West-Russland mit gravierenden Folgen für die globale strategische Stabilität, von der auch die Sicherheit Europas abhängt.

Denn die Systeme bedrohen von Deutschland aus auch mit konventionellen Mitteln, teilweise mit sehr kurzen Flugzeiten, auch strategische Ziele, darunter Raketenbasen, in Russland. Die strategische Krisenstabilität wird auf diese Weise verringert, weil die russische Befürchtung, strategische nukleare Einsatzmittel durch Überraschungsangriffe von Europa aus zu verlieren, die Gefahr russischer Fehlperzeptionen und damit präemptiver Fehlreaktionen in Krisensituationen erhöhen wird.

Moskau wird voraussichtlich die neuen amerikanischen Raketen-einheiten in Deutschland als Bedrohung für sein strategisches Nuklearpotenzial interpretieren und die Zahl seiner nuklearfähigen Raketensysteme in Belarus und an seinen Westgrenzen einschließlich Kaliningrad wesentlich erhöhen. Die russische Zielpassung für nuklear bestückbare Mittelstreckensysteme dürfte sich noch mehr als bisher auf Deutschland mit seinen neuen Raketenabschussbasen richten. Als Folge könnten dann Forderungen



START EINER TOMAHAWK-RAKETE IN KALIFORNIEN



„BEISPIELHAFTE STRUKTUR EINER MULTI-DOMAIN TASK FORCE“

laut werden, die Mittelstreckensysteme in Deutschland atomar „nachzurüsten“. Es stellt sich damit die Frage, ob die Stationierung mit einem konkreten Sicherheitsgewinn für Deutschland verbunden ist oder ob deren Risiken den behaupteten operativen Zugewinn bei weitem übersteigen. Die Dringlichkeit dieser Frage wird dadurch verschärft, dass die Stationierung ausschließlich in Deutschland dem in der NATO verankerten Gebot der Risiko- und Lastenteilung widerspricht und Deutschland singularisiert. Die neue Stationierungsabsicht wurde nicht in der NATO-Gipfelerklärung von Washington vom 10. Juli 2024 erwähnt und stellt die gemeinsame Verantwortung für strategische Entscheidungen in Frage, deren Konsequenzen alle Verbündeten betreffen.

Folgerungen

1. Die Bundesregierung und das Parlament sollten einen substantiellen und ergebnisoffenen Dialog führen und tiefergehend begründen, warum sie auf die US-amerikanische Stationierungsabsicht eingegangen ist. Hier können eine Anhörung im Parlament oder in Auftrag gegebene Analysen weiterhelfen. Dazu gehören insbesondere eine realistische Bedrohungsanalyse mit einem Vergleich schon vorhandener Fähigkeiten, Fragen der Lasten- und Risikoteilung in der NATO, die überzeugende Erläuterung des strategischen Zwecks und des operativen Konzepts der Stationierung sowie eine Bewertung der Risiken für Deutschland im Rahmen von Szenarienanalysen.

2. Der Bewertung, dass Deutschland aufgrund seiner Rolle als zentrale Drehscheibe für die Verteidigung der Ostflanke der NATO durch russische Raketenysteme schon bisher bedroht war, wird zunächst durch eine erweiterte integrierte Luft- und Raketenabwehr und in Zukunft u.a. durch die European Sky Shield Initiative (ESSI) Rechnung getragen. Da die MDTF-Planungen für die Stationierung von neuen, bodengestützten Raketen über die Abschreckung hinausgehen können, und je nach Anzahl, Reichweite und Nutzlast der Raketenysteme eine strategische Angriffsfähigkeit einschließen, muss das Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen konzeptionell überarbeitet werden. Insbesondere müssen etwaige operative Zugewinne einer LRF-Stationierung gegen die

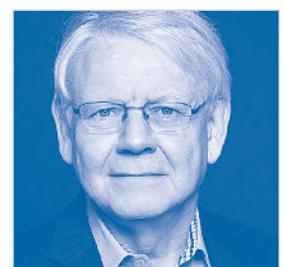
strategischen Risiken für Deutschland und Europa in einer sich zuspitzenden Krise abgewogen werden. Dies gilt insbesondere für die Absicht, russische Raketenbasen präemptiv zu zerstören.

3. Trotz der anhaltenden russischen Aggression gegen die Ukraine ist es im deutschen Interesse, rüstungskontrollpolitische Wege auszuloten, um ein ausuferndes „Tit for Tat-Raketenwettüsten“ zu verhindern. Die Bundesregierung sollte das Gespräch mit Washington und Moskau suchen, um einen Ausweg aus einem nun drohenden Stationierungswettlauf zu finden.

4. Trotz dieser Entscheidung sollten die USA und Russland ein INF-Nachfolgeabkommen (*INF, Intermediate Range Nuclear Forces*) anstreben und verhandeln, bei dem die Stationierung von landgestützten Mittelstreckensystemen in Zukunft ausgeschlossen wird. Ein durch Inspektionen und Notifikationen verifizierbares Abkommen ist nach wie vor ein zentrales Interesse für die europäischen Staaten und Russland. Dabei kann man auf die 1987 vereinbarten und 2019 aufgekündigten INF-Regelungen zurückgreifen.

5. Die Bundesregierung sollte sich gegenüber Washington und Moskau nachhaltig dafür einsetzen, formelle bilaterale Gespräche wiederaufzunehmen, um den New START-Vertrag abermals zu verlängern oder eine Interimsregelung zu vereinbaren.

Erklärung der VDW-Studiengruppe „Frieden und Europäische Sicherheit“ zur Stationierung von konventionellen „Long-Range Fire Deployments“ in Deutschland vom 19. August 2024 – weitere Infos unter: ippnw.de/bit/vdw



Prof. Dr. Götz Neuneck ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der IPPNW und Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler für die VDW-Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“.

„Unsere Arbeit ist heute wichtiger denn je“

Ein Interview anlässlich des Vortrages von IPPNW-Co-Präsident Tilman Ruff in Hamburg

Tilman, Sie sind Autor des IPPNW-Reports zu den Folgen von Atomtests. Hat Sie die Arbeit zu diesem Thema betroffen gemacht?

Man kann nicht anders, als erschüttert zu sein über die kaltschnäuzige Bereitschaft von Regierungen, anderen – aber auch den eigenen Bürger*innen – Schaden zuzufügen. Selbst die damaligen, meist sehr schwachen Standards für den Gesundheits- und Umweltschutz wurden im Grunde nicht eingehalten.

Lag das daran, dass es damals keine belastbaren Daten zur Strahlenwirkung gab?

Das Problem ist: Ein Großteil der Schäden ist diffus und unsichtbar. Die meisten Folgen haben keine spezifische biologische Signatur. Außerdem erstrecken sich die gesundheitlichen Folgen über einen sehr langen Zeitraum. Obwohl die Folgen für die Menschen sehr real sind, tragen sie keinen Namen, den man ihnen zuordnen könnte. Erschütternd ist auch, dass sich keine Regierung angemessen mit den Altlasten und ihrer Verantwortung für ihre Atomtestprogramme auseinandergesetzt hat. Kein Staat hat den Bürger*innen der betroffenen Länder auch nur eine minimale Anerkennung in Form von Entschädigung zukommen lassen. Zudem ist die Beweislage äußerst lückenhaft. Viele Daten sind nicht vorhanden oder werden noch immer geheim gehalten. In einigen Staaten sind die Informationen über die Folgen der Atomtestprogramme nie öffentlich gemacht worden. In anderen wurden diese Daten gar nicht erhoben.

Haben Sie ein Beispiel dafür?

In Australien stammen die meisten Langzeitgefahren nicht von den zwölf großen Atomexplosionen, sondern von über 600

„minor trials“. Dabei handelt es sich um Tests von Atomwaffenkomponenten und -baureihen. Es wurden dabei Prototypen verwendet, die aus einem Flugzeug abgeworfen, in ein Feuer geworfen oder in einer Unfallsimulation getestet wurden, um sicherzustellen, dass sie nicht explodieren, wenn sie es nicht sollten. Diese Tests hatten zur Folge, dass sich die radioaktiven und chemischen Bestandteile in der Umgebung verteilten. Die britischen Tests waren extrem schlecht dokumentiert.

China hält seine Daten zu Atomtests vollständig geheim. Auch über das französische Programm in Algerien wissen wir nur sehr wenig.

Das war das Atomtestgebiet, das Mitteleuropa am nächsten lag.

Aus Algerien ist z.B. regelmäßig radioaktiver Fallout nach Europa geweht, bis nach Schweden. Je mehr wir über Atomwaffen wissen, desto düsterer sieht es aus. Die Fakten werden nach und nach bekannt und weisen auf Auswirkungen hin, die gravierender sind als bisher angenommen. Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, dass die Regierungen damals praktisch pausenlos gelogen haben.

In den 1990er Jahren waren Sie einer der ersten, die versuchten, die Gesamtzahl der krebserregenden Todesfälle durch Atomtests zu berechnen. Damals kamen zu dem Schluss, dass bis zum Jahr 2000 430.000 Menschen sterben würden und dass langfristig 2,4 Millionen Todesfälle durch atmosphärische Atomtests verursacht werden.

Nach heutigen Maßstäben waren diese Zahlen sehr konservativ. Nach heutigem Sachstand sind die Strahlenrisiken größer als bisher angenommen. INWORKS ist

eine internationale Studie über Atomarbeiter*innen, die von der *International Agency for Research on Cancer* koordiniert wird. Die jüngsten Daten deuten auf eine Risikoabschätzung hin, die um etwa 60 % höher ist als die Abschätzungen der 1990er Jahre, denen Daten der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki zugrundeliegen. Aus diesen Daten und anderen Studien geht auch hervor, dass die früher verwendeten „Dosis- und Dosisleistungsreduktionsfaktoren“ nicht angewendet werden sollten. Dabei ging man davon aus, dass die Wirkung geringer ist, wenn man eine geringere Strahlendosis erhält, insbesondere wenn die gleiche Dosis über einen längeren Zeitraum verabreicht wird. Das ist nicht der Fall. Es gibt klare Belege dafür, dass das Risiko pro Dosis Einheit bei niedrigeren Dosen höher ist als bei höheren Dosen.

Wir wissen jetzt, dass Strahlung nicht nur Krebs, sondern auch andere chronische Krankheiten, insbesondere Herzinfarkte und Schlaganfälle, verstärkt. Die Belastung durch zusätzliche Todesfälle aufgrund von Herzinfarkten und Schlaganfällen ist in etwa vergleichbar mit den zusätzlichen Todesfällen aufgrund von Krebs. Die älteren Schätzungen berücksichtigen außerdem nicht, dass Frauen und Mädchen bei gleicher Strahlendosis ein etwa 40 % höheres Krebsrisiko haben als Männer und Jungen und dass Kinder besonders gefährdet sind, da das Krebsrisiko pro Dosis Einheit insgesamt drei bis fünf Mal höher ist als bei Erwachsenen. Wenn man all dies berücksichtigt, müsste die Risikoschätzung für die Gesamtbevölkerung mindestens um das Siebenfache erhöht werden. Wir sprechen also nicht von 2,4, sondern eher von 20 Millionen Todesfällen. Und bei dieser Kalkulation bleiben die Folgen für die psychische Gesundheit und die Umweltfolgen unberücksichtigt.



SOLDAT IM SCHUTZANZUG



DURCH BRITISCHE ATOMTESTS VERSEUCHT: MARALINGA, AUSTRALIEN

Sie vertreten einen „evidenzbasierten Aktivismus“, wie Sie es nennen.

Als Gesundheitsfachkräfte sind wir Expert*innen für die gesundheitlichen Auswirkungen von Dingen. Meine Erfahrung aus über 40 Jahren Arbeit für die Abschaffung von Atomwaffen hat mir gezeigt, wie wichtig und effektiv es ist, aus unserer Gesundheitsexpertise zu sprechen. Das gibt uns eine gewisse Autorität und Zugang zu Entscheidungsträger*innen und Medien, was sehr wertvoll ist.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Erfahrungen der Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen. Dies wurde bei den Verhandlungen über den Atomwaffenverbotsvertrag 2017 in der UN besonders deutlich. Dort wurde nicht so sehr auf Grundlage politischer und sicherheitspolitischer Argumente über Atomwaffen argumentiert, die von den Atombefürwortern leicht durch abstrakte Konzepte verinnahmt werden. Die Hibakusha aus Japan und die Überlebenden von Atomtests können die Realität dieser schrecklichen Waffen besser vermitteln als jeder andere. Die Welt der Diplomatie ist in hohem Maße abgeschottet. Man trifft sich in Gebäuden, in die kein Tageslicht eindringt. Die Stimmen der Überlebenden sind ein Realitätschock, der wachrüttelt und alle daran erinnert, wofür es wirklich geht.

Fast 100 Länder haben das Atomwaffenverbot unterzeichnet – Atommächte oder verbündete Staaten sind nicht dabei. Wie geht es jetzt weiter?

Als die Vollversammlung der WHO 1983 den ersten WHO-Bericht über Atomwaffen prüfte, kam sie einstimmig zu dem Schluss, dass im Falle eines Atomkrieges keine wirksame medizinische Reaktion möglich sei. Auch bezeichnete sie Atomwaffen als

die größte unmittelbare Bedrohung für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen. Wenn das so ist, sollte man meinen, dass dies zumindest einen jährlich aktualisierten Bericht und vielleicht sogar eine Abteilung in der WHO rechtfertigen würde, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Bislang ist nichts von alledem geschehen. Der Generaldirektor der WHO, Tedros Ghebreyesus, hat signalisiert, dass er dieses Anliegen wieder auf die Tagesordnung setzen will. Da müssen wir als IPPNW dranhängen und Druck machen.

Diesen politischen Ansatz könnte man auch als elitär bezeichnen. Was halten Sie von Graswurzel-Aktivismus?

Die IPPNW ist ein Zusammenschluss von Ländersektionen von Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräften. Als solche hatte sie einen bemerkenswerten Einfluss. Ich denke, dass die IPPNW in den 80er Jahren zu der Massenbewegung beigetragen hat, als Millionen von Menschen auf die Straße gingen und das Ende des Kalten Krieges mit herbeiführten. Es war der Druck der Bevölkerung, der eine entscheidende Rolle bei der Schaffung der politischen Rahmenbedingungen und die Entscheidungen von Reagan und Gorbatschow spielte. Beide standen kurz davor, ganz auf Atomwaffen zu verzichten.

Heute befinden wir uns in einer anderen Zeit, in der sich die Allgemeinheit nicht mehr so intensiv mit Atomwaffenfragen beschäftigt. Die Welt ist komplexer und multipolarer geworden. Es ist das Zeitalter des Internets und der sozialen Medien. Es gibt andere Themen, die die Menschen beschäftigen, insbesondere die Klimakrise. Der Beitrag von ICAN im Rahmen des Vertragsprozesses bestand nicht in der Mobilisierung von Millionen von Menschen auf der Straße, sondern in einer koordinierten und professionellen Zusammenarbeit mit Regierungen sowie mit vielen verschiedenen Gruppen aus der Zivilgesellschaft: Gewerkschaften, Kirchen, Umweltorganisationen.

nieren und professionellen Zusammenarbeit mit Regierungen sowie mit vielen verschiedenen Gruppen aus der Zivilgesellschaft: Gewerkschaften, Kirchen, Umweltorganisationen.

Was ist Ihrer Meinung nach derzeit das größte Risiko für einen Atomkrieg? Trump im Weißen Haus? Israel-Iran? Oder etwas ganz anderes?

Bei Kriegen, an denen Atomwaffenstaaten beteiligt sind, wie in der Ukraine und im Nahen Osten, besteht die Gefahr einer nuklearen Eskalation, auch durch Unachtsamkeit, Fehlkommunikation und überforderte Entscheidungsträger*innen. Wir wissen, dass zahlreiche Krisen in der Vergangenheit genauso gut in einem Atomkrieg hätten enden können. Wir wissen, dass nach dem Einsatz von Atomwaffen mit großer Wahrscheinlichkeit eine rasche, groß angelegte Eskalation folgen wird.

Ein Atomkrieg könnte auf Wegen beginnen, die wir für unwahrscheinlich halten oder nicht einmal in Betracht ziehen. Wie Ban Ki-moon sagte, gibt es keine richtigen Hände für die falschen Waffen. Solange die Waffen einsatzbereit sind, ist die Gefahr real. Die Welt muss diese Gefahren dringend verringern, und zwar, indem wir die Waffen abschaffen, bevor sie uns vernichten. Unsere Arbeit ist heute wichtiger und dringender denn je.

Das Interview führte Frederic Jage-Bowler.

Tilman Ruff ist Professor für Global Health in Melbourne und Co-Präsident der Internationalen IPPNW. Er ist Mitbegründer von ICAN.



Der Nichtverbreitungsvertrag: Ein kritischer Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Der NPT steht vor erheblichen Herausforderungen

Vom 22.07.-02.08.2024 fand die NPT PrepCom bei den Vereinten Nationen in Genf statt. Die IPPNW nahm an dieser Konferenz mit einer internationalen Delegation teil, darunter Jakob Knappe, Juliane Hauschulz und Olivia Kalinowski von der deutschen IPPNW. Sie vernetzten sich mit der internationalen Zivilgesellschaft, sprachen mit der deutschen Delegation und richteten ein Side Event aus.

Der Nichtverbreitungsvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT) ist ein historischer Eckstein in der internationalen Sicherheitspolitik, der das Ziel verfolgt, die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, die nukleare Abrüstung voranzutreiben und die friedliche Nutzung der Atomenergie zu fördern. Seit seiner Entstehung im Jahr 1968 hat der NPT einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der nuklearen Bedrohung geleistet, steht jedoch weiterhin vor erheblichen Herausforderungen und Kritiken.

Historische Einordnung und Ziele des NPT

Der NPT wurde am 1. Juli 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 5. März 1970 in Kraft. Er entstand in einer Zeit intensiver geopolitischer Spannungen während des Kalten Krieges, als das nukleare Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe brachte. Die drohende Eskalation der Kubakrise 1962 und die zunehmende Verbreitung nuklearer Technologien verstärkten das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines internationalen Abkommens zur Kontrolle und Reduzierung der nuklearen Bedrohung.

Der Vertrag basiert auf drei zentralen Säulen: der Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Abrüstung und der Förderung der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Diese drei Säulen sind miteinander verknüpft und bilden das Fundament, auf dem der NPT ruht. Die erste Säule zielt darauf ab, die Weiterverbreitung von Atomwaffen und -technologien an Staaten zu verhindern, die zum

Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine solchen Waffen besaßen. Die zweite Säule verpflichtet die fünf offiziellen Atomwaffenstaaten (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China), Verhandlungen über Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung zu führen. Die dritte Säule fördert die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO).

Mechanismen und Maßnahmen zur Zielerreichung

Um seine Ziele zu erreichen, sieht der NPT verschiedene Maßnahmen vor. Eine zentrale Rolle spielt die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die die Einhaltung des Vertrags überwacht. Die IAEO führt Inspektionen durch, um sicherzustellen, dass nukleares Material nicht für militärische Zwecke abgezweigt wird. Diese Verifikationsmechanismen sind ein wesentlicher Bestandteil des NPT und gewährleisten, dass Vertragsstaaten umfassende Sicherheitsmaßnahmen implementieren und sich regelmäßigen Inspektionen unterziehen.

Ein weiteres wichtiges Instrument sind die alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen. Hier wird die Umsetzung des Vertrags evaluiert und es werden Maßnahmen zur Stärkung des Regimes beschlossen. Diese Konferenzen bieten eine Plattform für die Vertragsstaaten, um ihre Fortschritte und Herausforderungen zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.



SIDE EVENT VON IPPNW UND BASIC „HUMANITARIAN IMPACTS AND THE NPT“ AUF DER NPT PREPCOM.

Aktuelle Situation: Erfolge und Herausforderungen

Trotz seiner Erfolge steht der NPT vor erheblichen Herausforderungen und Kritiken. Einer der größten Erfolge des NPT ist die Begrenzung der Anzahl der Atomwaffenstaaten. Nur vier UN-Mitglieder (Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea), die sich nie dem NPT angeschlossen haben, haben außerhalb des Vertrags Kernwaffen entwickelt. Der Vertrag hat eine starke internationale Norm gegen die Verbreitung von Atomwaffen etabliert, die von der Mehrheit der Staaten respektiert wird. Zudem gab es signifikante Reduzierungen der nuklearen Arsenale der USA und Russlands seit dem Ende des Kalten Krieges.

Dennoch gibt es erhebliche Herausforderungen. Die nukleare Abrüstung hat in den letzten Jahren stagniert. Die Modernisierung der Nuklearwaffenarsenale durch die Atomwaffenstaaten steht im Widerspruch zum Geist des NPT. Der Austritt Nordkoreas aus dem NPT und die anschließende Entwicklung und Testung von Atomwaffen stellen eine ernsthafte Bedrohung für das Nichtverbreitungsregime dar. Eine weitere Herausforderung sind Indien, Pakistan und Israel, die den NPT nie unterzeichnet haben.

Ein weiteres Problem ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO, die von vielen als Verletzung des Geistes des NPT betrachtet wird, da sie Nicht-Atomwaffenstaaten Zugang zu nuklearen Fähigkeiten ermöglicht. Darüber hinaus birgt die Förderung der friedlichen Nutzung der Atomenergie das Risiko, dass nukleare Technologie für militärische Zwecke missbraucht wird.

Zukunftsperspektiven und notwendige Maßnahmen

Um den NPT zu stärken und seine Ziele nachhaltig zu sichern, sind mehrere Maßnahmen notwendig. Die Atomwaffenstaaten müssen ihre Verpflichtungen zur Abrüstung ernst nehmen und konkrete Schritte unternehmen, um ihre Arsenale weiter zu reduzieren. Es ist entscheidend, dass weitere Staaten dem NPT beitre-

ten und sich den Verifikationsmechanismen der IAEA unterwerfen. Die IAEA benötigt ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, um ihre Überwachungs- und Inspektionsaufgaben effektiv erfüllen zu können. Innovative Ansätze zur Verifikation und Transparenz müssen entwickelt werden, um das Vertrauen in das Nichtverbreitungsregime zu stärken. Es müssen diplomatische Anstrengungen unternommen werden, um Lösungen für die nuklearen Ambitionen von Staaten wie Nordkorea und dem Iran zu finden.

Fazit

Der NPT bleibt ein unverzichtbares Instrument zur Sicherung der internationalen Sicherheit und Stabilität. Trotz seiner Erfolge stehen wir vor erheblichen Herausforderungen, die entschlossenes Handeln und internationale Zusammenarbeit erfordern.

Wir haben bei dieser PrepCom wieder einmal erlebt, wie viel einzelne Staaten verhindern können. Alle Staaten müssen sich gegen die weitere Verbreitung von Atomwaffen stellen. Denn vor den Folgen eines Einsatzes, ob gewollt oder aus einem Fehler heraus, kann nur die vollständige Abrüstung schützen.

Jakob Knappe studiert Medizin an der Charité Berlin, wo er insbesondere an der Radiologie interessiert ist. Er ist IPPNW-Mitglied und engagiert sich seit Jahren in der Berliner IPPNW-Studierendengruppe.



Intensivierte globale Anstrengungen zur Verhütung eines Atomkrieges

Dringender Appell des International Council der IPPNW

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen, insbesondere die anhaltenden Kriege in der Ukraine und in Gaza, die zunehmenden Spannungen zwischen dem Westen mit der NATO einerseits und Russland sowie China andererseits, verdeutlichen die dringende Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Verhütung eines Atomkrieges zu intensivieren. Die nun angekündigte Stationierung von bodengestützten Raketen und Marschflugkörpern der USA in Deutschland ist Teil einer bereits begonnenen weltweiten Aufrüstung und wird die Situation weiter destabilisieren. 44 Jahre nach der Gründung der IPPNW stehen wir vor einer globalen Sicherheitslage, die eine nie dagewesene Gefahr für den Weltfrieden darstellt.

Die IPPNW intensiviert deshalb ihre Arbeit und versucht, sich stärker in politische Prozesse einzubringen. Ein Beispiel hierfür ist das Treffen von IPPNW-VertreterInnen mit WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Ghebreyesus im April, bei dem die Neuauflage des WHO-Berichts „Die Auswirkungen eines Atomkrieges auf die Gesundheit und das Gesundheitswesen“ thematisiert wurde. Wiederholt hat die IPPNW an Kriegsparteien appelliert, die Kämpfe einzustellen und Friedensverhandlungen zu beginnen. Weitere solche Aktionen sind, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, in Planung. Auch die deutsche Sektion ist daran beteiligt.

Im Juni kamen die Vertreter*innen aller nationalen Sektionen zu einer Sitzung des International Council zusammen. Die deutsche Sektion hatte, als Beitrag zur Debatte über die weitere Strategie unserer Föderation angesichts der brisanten Situation, einen Appell vorgelegt, der vom International Council schließlich einstimmig verabschiedet wurde. Darin wurde die Dringlichkeit betont, unsere Bemühungen zur Verhütung eines Atomkrieges zu verstärken.



STATUE FÜR DEN FRIEDEN:
DIE SKULPTUR VON SEIBO
KITAMURA IM NAGASAKI
PEACE PARK.

lazy fr13th /CC BY-NC-SA 2.0

Konkrete Schritte zur Prävention eines Atomkrieges

Im Zentrum des Appells steht die Notwendigkeit, unsere Aktivitäten in mehreren Schlüsselbereichen auszubauen:

1. Erweiterte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit: Die Risiken eines Atomkrieges müssen breiter vermittelt werden. Die IPPNW wird ihre Bildungs- und Aufklärungskampagnen verstärken und die Zusammenarbeit mit internationalen Medien intensivieren.

2. Stärkung strategischer Allianzen: Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Friedens- und Abrüstungsorganisationen ist unerlässlich, um eine starke zivilgesellschaftliche Kraft gegen die Bedrohung eines Atomkrieges zu bilden. Zudem wird die IPPNW ihre Kontakte zu Regierungen und internationalen Institutionen intensivieren.

3. Förderung von Waffenstillständen und diplomatischen Bemühungen: Die IPPNW wird sich aktiv an der Entwicklung von Waffenstillstandsvereinbarungen und Verhandlungsstrategien beteiligen, um diplomatische Lösungen zu fördern.

4. Mobilisierung von Ressourcen: Um diese erweiterten Aktivitäten zu ermöglichen, wird die IPPNW zusätzliche Mittel akquirieren.

Unser globales Netzwerk soll verstärkt genutzt werden, um mehr Freiwillige für diese entscheidende Arbeit zu gewinnen.

Unser Engagement für den Frieden – jetzt mehr denn je

In einer Zeit, in der die Gefahr eines Atomkrieges so real ist wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr, ist es unerlässlich, dass wir unsere Anstrengungen verstärken. Die Annahme des Appells durch das International Council zeigt, dass die IPPNW bereit ist, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen und ihre Anstrengungen zum Schutz der Menschheit vor einem Atomkrieg zu intensivieren.

Die kommenden Monate und Jahre werden entscheidend für unsere Arbeit sein. Es liegt in unserer Verantwortung, mit all unserer Kraft dazu beizutragen, eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Der Einsatz für den Frieden war nie wichtiger als heute.



Dr. Helmut Lohrer
ist International
Councillor der
deutschen IPPNW.



HAMBURG-EPPENDORF



STUTTART

Hiroshima & Nagasaki

— Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Japan —

Auch in diesem Jahr hat die IPPNW der Opfer der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 79 Jahren gedacht. IPPNW-Mitglieder beteiligten sich bundesweit an über 20 Mahnwachen, Demonstrationen und Filmveranstaltungen mit lokalen Kinos. Die IPPNW Hamburg war mit einem Infostand am Uniklinikum Hamburg Eppendorf präsent. In Stuttgart war die Plakat-Ausstellung „Nie wieder“ zu sehen – zahlreiche Kraniche wurden gefaltet. In Nürnberg forderte IPPNW-Mitglied Herbert Kappauf, wieder friedensfähig zu werden und erinnerte an die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, sondern der Frieden ..., in dem wir alle uns zu bewähren haben.“ **Weitere Ausschnitte aus Redebeiträgen finden Sie im Forum intern.**



LANDSBERG



NÜRNBERG



Worte statt Waffen

Wie können eigentlich Kriege beendet werden? Was sind die Bedingungen, damit alle Konfliktparteien schließlich kompromissbereit sind? Wie kann ein Friedensabkommen aussehen? Und was bedeutet eine tragfähige Umsetzung, damit die Waffen langfristig schweigen?

Drei Viertel aller kriegerischen Konflikte in den letzten Jahrzehnte endeten mit Friedensabkommen. Der ehemalige Biowaffeninspekteur und Außenpolitik-Experte Jan van Aken hat Beispiele aus seiner eigenen Erfahrung gesammelt und ein anschauliches Buch darüber geschrieben, wie Frieden in der Praxis zustandekommt. Er zeigt anhand von Ländern wie Nordirland, Philippinen, Indonesien oder Gambia, wie eine Einigung und Versöhnungsarbeit in Konflikten erfolgen kann.

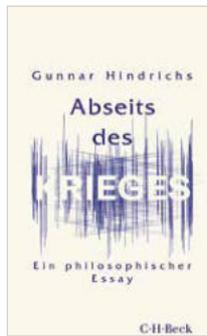
Akens Buch macht eindrucksvoll deutlich, dass Friedensprozesse Offenheit und kreative Ideen erfordern. Er stellt sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen vor, die innovative Verhandlungs- und Abrüstungslösungen gefunden haben.

Spannend sind auch die Abschnitte des Buches, in denen er sich UN-Blauhelmissionen, Waffeninspektionen oder naturwissenschaftlichen Nachweisen gegen die Kriegspropaganda widmet. Seine Argumentationen sind jeweils mit neuen Erkenntnissen aus der Friedensforschung unterfüttert.

„Frieden ist keine Träumerei“ – Jan van Aken's Buch zeigt, dass wir hier in Deutschland viel dafür tun können, die Welt friedlicher zu machen – denn ungerechte Handelsbeziehungen, zerstörerische Produktionsbedingungen und Waffenlieferungen tragen dazu bei, anderswo in der Welt Öl ins Feuer zu gießen.

Eine facettenreiche, ansprechend geschriebene Argumentationshilfe für alle, die sich für Frieden stark machen wollen.

Jan van Aken: Worte statt Waffen. Wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann, 304 S., Hardcover 22,99 Euro, Econ Berlin 2024, ISBN: 9783430211154
Regine Ratke



Aporie der Zeitenwende

Wer Frieden will, darf vom Krieg nicht schweigen. „Abseits des Krieges“ verspricht eine „Auseinandersetzung mit dem, was Krieg heute ausmacht“.

In kurzen Kapiteln begibt sich der Autor, Gunnar Hindrichs, Professor für Philosophie an der Universität Basel, auf die Suche nach den „Fluchtlinien, in denen der Krieg unserer Gegenwart – der Krieg der ‚Zeitenwende‘ – steht.“ Hindrichs zufolge ist es ein Kennzeichen dieses Krieges (gemeint ist eigentlich die Stimmung in Deutschland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022), dass „in ihm die Zivilgesellschaft selber sich angegriffen sieht.“ Sein Schlüsselbegriff dafür lautet „Kriegszivilgesellschaft“. Hindrichs beobachtet, dass sich die Zivilgesellschaft „zu Beginn des Krieges in Teilen in eine militaristische Kundgebung verwandelt“ habe.

Hindrichs steht mit seiner Diagnose, wir würden seit Februar 2022 ein Erstarren des Militarismus in Deutschland beobachten, nicht alleine da. „Leopard vor dem Haus in der Einfahrt // Ich geh' auf die Knie und küss' den Boden meiner Heimat // Dann versicher' ich den Junkies an der Ecke // Dass ich unser heißgeliebtes Paradies rette“ textete etwa das Raptrio K.I.Z. dieses Frühjahr in ihrem Song „Frieden“ und traf damit bei vielen einen Nerv.

Auch Hindrichs träumt vom Frieden. Sein Buch ist keine abstrakte Abhandlung über den Krieg, sondern eine philosophiegeschichtlich geschulte Intervention in die polarisierte Debatte in Deutschland zum Ukrainekrieg. Der Autor widmet sich in den zehn aufeinander aufbauenden Kapiteln etwa der Idee des „gerechten Krieges“, dem Wiedererstarren des Freund-Feind-Denkens, dem toxischen Bekenntniszwang und dem Militarismus. Alle bis auf das letzte enden in „Aporien“, also einer argumentativen Sackgasse: Hindrichs sucht so zu zeigen, dass sich der Krieg, den Deutschland aufgrund seiner militärischen und politischen Unterstützung der Ukraine mitführt, vernünftigerweise nicht rechtfertigen lässt.

Am Ende des klug komponierten und aufmerksam gestalteten Bandes gibt sich der Autor hoffnungsvoll, dass sich der Krieg als Institution sogar gänzlich überwinden lässt. Dass er im renommierten Beck-Verlag erscheint, ist ein Zeichen dafür, dass in Deutschland eine andere Zivilgesellschaft existiert, die an diesem Glauben festhalten mag.

Gunnar Hindrichs: Abseits des Krieges. Ein philosophischer Essay, 126 S., 16,- Euro, C.H. Beck München 2024, ISBN: 978-3-406-81457-0 Frederic Jage-Bowler



Aufkleber für den Frieden

Friedensfähig statt kriegstüchtig, quadratisch, 7,4 / 10 cm, 10 bzw. 15 Cent
Atomwaffen nein danke! rund, Durchmesser 9,5 cm, 15 Cent
Bestellen unter: shop.ippnw.de

IPPNW-Banner

„**Nein zur Aufrüstung: Keine Stationierung von US-Raketen in Deutschland**“
 Fahnenstoff 3 x 1 Meter, 45,- Euro
Bestellen unter: shop.ippnw.de

Bestandsaufnahme Atommüll

Das Buch beschreibt 216 Atomanlagen an 71 Standorten in Deutschland, an denen Atommüll produziert worden ist oder produziert wird – wo er lagert, wohin er transportiert worden ist und welche Probleme es an den einzelnen Standorten gibt.



Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland.
 464 Seiten, Hardcover mit Beilage (Standorte-Plakat A 1), 30,- Euro. **Erscheint im Oktober 2024. Zu bestellen beim Atommüllreport:** info@atommuellreport.de

GEPLANT

Das nächste Heft erscheint im Dezember 2024. Das Schwerpunktthema ist:

Shrinking Spaces

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 180 / Dezember 2024 ist der 31. Oktober 2024. Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

IMPRESSUM UND BILDNACHWEIS

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Sektion Deutschland
 Redaktion: Dr. Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke
Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 69381 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,
Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung

der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.
Redaktionsschluss für das nächste Heft: 31. Oktober 2024
Gestaltungskonzept: www.buerobock.de,
Layout: Regine Ratke
Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.
Bildnachweise: S.6 Mitte: PantaRhei / CC BY-SA 4.0; S.7 Mitte: Dmitriy 92 / CC BY-SA 4.0. Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



SEPTEMBER

- 17.9.** Türkei – Staat ohne Rechtsstaatlichkeit? Medico-Haus Frankfurt/M.
- 20.9.** Fachtag: „Gegen die Ohnmacht: Psychosoziale Arbeit zwischen Repression und Exil“ Austausch mit kurdischen Expert*innen aus der Türkei im Refugio Berlin
- 22.9.** Folgen der Kommunalwahlen in der Türkei, Vierte Welt, Berlin
- 25.9.** Die Ukraine, Russland und der Westen. Vortrag von Prof. Günter Verheugen in Göttingen

25.9 Atomare Abrüstung – Gebot der Stunde?! Mit: Marian Losse (ICAN), Rostock

26.9. Frauenrechte in der Türkei, Kiezraum im Dragonerareal, Berlin

26.9.-30.9. Ausstellung „Artists Against the Bomb“ – 10 Jahre ICAN Deutschland, Berlin

27./28.9. 30 Jahre Jubiläum Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“, Hannover

OKTOBER

3.10. Nein zu Krieg und Hochrüstung! Demonstration in Berlin

14.10. Side-Event der DPGG zum World Health Summit in der Staatsbibliothek Berlin

25.10. Nuklearer Fallout: Fachtagung Atommüllreport in Hannover. Mehr unter: atommuellreport.de

Weitere Informationen unter: www.ippnw.de/aktiv-werden/termine

vormerken

BERLIN

22.-24. 11. 2024

IPPNW-
Studierendentreffen
ippnw.de/studierende



6 Fragen an ... Dr. Helmut Lohrer

Allgemeinarzt und International Councillor
der IPPNW Deutschland

1 Helmut, Du hast bei Reisen in Länder wie Kuba selbst die Auswirkungen von Sanktionen beobachten können. Was ist das Hauptproblem? Unter den Zwangsmaßnahmen leidet in erster Linie die Zivilbevölkerung, das ist in Kuba nicht zu übersehen. In vielen Ländern weltweit verursachen Sanktionen humanitäre Katastrophen. Nehmen wir zum Beispiel Afghanistan, das sich seit Jahrzehnten im Kriegs- und Krisenzuständen befindet. Nach der erneuten Machtübernahme der Taliban 2021 wurden dem Land die dringend benötigten Hilfen entzogen. Die Zivilbevölkerung zahlt den Preis. Die Führungskreise der Taliban leiden wenig darunter, dass Hilfsgelder seit Jahren auf westlichen Konten eingefroren sind, und ihre Herrschaft wird dadurch auch nicht gefährdet. Gleichzeitig verhungern in dem Land aber Menschen und es wird berichtet, dass Eltern ihre Kinder verkaufen, damit der Rest der Familie eine Chance hat zu überleben. Sanktionen sind somit kein friedliches Mittel in der Auseinandersetzung zwischen Staaten, wie man versucht uns weiszumachen.

2 Du beschreibst Sanktionen als asymmetrisches Element der Außenpolitik. Was ist damit gemeint? Sanktionen werden meist nicht vom Sicherheitsrat verhängt, wie es unter definierten Bedingungen in der UN-Charta vorgesehen ist, sondern als „einseitige Zwangsmaßnahmen“ von einzelnen Staaten oder Bündnissen wie der EU. Ohne Ausnahme werden sie vom Mächtigen gegen den Schwächeren eingesetzt. Umgekehrt ist das gar nicht denkbar. Oder kann sich jemand vorstellen, dass ein afrikanisches Land Wirtschaftssanktionen gegen die USA verhängt?

3 Wie wirken sich die Sanktionen in Syrien aus? Auch in Syrien tragen die einseitigen Zwangsmaßnahmen erheblich zur humanitären Katastrophe bei. Besonders betroffen ist das Gesundheitssystem. Nach einem Besuch in syrischen Krankenhäusern hat die UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan berichtet, dass viele medizinische Geräte, wie Röntgen- oder Dialysegeräte, auch Inkubatoren und Beatmungsgeräte auf Intensivstationen, wegen fehlender Ersatzteile außer Betrieb sind.

4 Ähnliches konntest Du in Kuba feststellen... Es ist ja bekannt, dass Mediziner*innen in Kuba hervorragend ausgebildet sind. Ihnen selbst fehlen aber vielfach die Mittel für eine vernünftige Behandlung selbst einfacher Erkrankungen. Ich fand es beschämend, dass einfache Eingriffe wie Blasenspiegelungen nicht durchgeführt werden konnten, weil das Material fehlte. Moderne Therapien in der Onkologie oder zeitgemäße Medikamente für Krankheiten wie Diabetes sind nicht verfügbar. Ein Tribunal in Brüssel im Herbst 2023 hat die Auswirkungen der Sanktionen und deren völkerrechtliche Unhaltbarkeit ausführlich dokumentiert.

5 Können Wirtschaftssanktionen in ihrer Auswirkung überhaupt zuverlässig kontrolliert werden? Nein. Ein aktuelles Beispiel ist der Iran. Nach der Aufkündigung des Atomabkommens haben die USA Sanktionen verhängt. Das hat unter anderem dazu geführt, dass Banken den Zahlungsverkehr eingestellt und Firmen ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Iran beendet haben, selbst wenn sie von den Sanktionen gar nicht betroffen waren. Die Firmen wollen einfach keine Risiken eingehen. Diese „Over-Compliance“, also die Übererfüllung der Sanktionen, verschärft deren Auswirkungen erheblich.

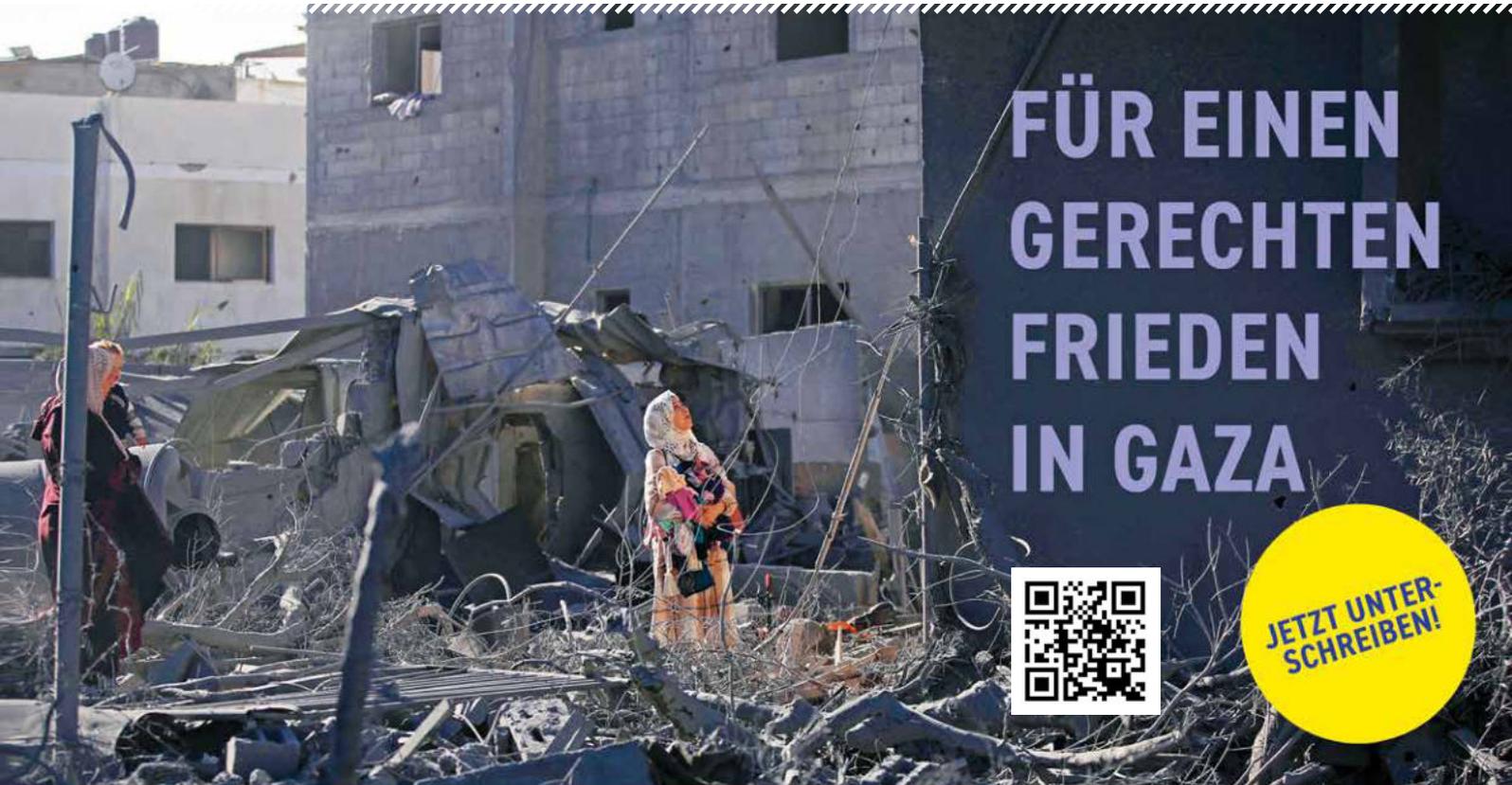
6 Wie äußert sich die Bundesregierung zu Sanktionen? Im Juni 2023 wurde die „Nationale Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung veröffentlichte, in der auch Sanktionen als Mittel der „Sicherheitspolitik“ thematisiert werden. Sanktionen werden dort als ein außenpolitisches Instrument beschrieben, so selbstverständlich wie Maßnahmen der kulturellen Zusammenarbeit. Es wird aber auch deutlich, dass sich die Bundesregierung des aggressiven Potentials von Zwangsmaßnahmen bewusst ist. Da heißt es: „Gegen Sanktionen und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, die sich gegen uns und unsere EU-Partner richten, wird sich die Bundesregierung besser schützen und unterstützt dazu die Weiterentwicklung von Instrumenten mit Abschreckungscharakter im EU-Rahmen.“ Eine öffentliche Debatte über die völkerrechtliche Fragwürdigkeit dieser Politik erscheint mir dringend erforderlich.

Mehr Infos im Dossier „Sanktionen und einseitige Zwangsmaßnahmen“ – Wissenschaft & Frieden 2/2024: ipnw.de/bit/sanktionen



NEIN zu Kriegen

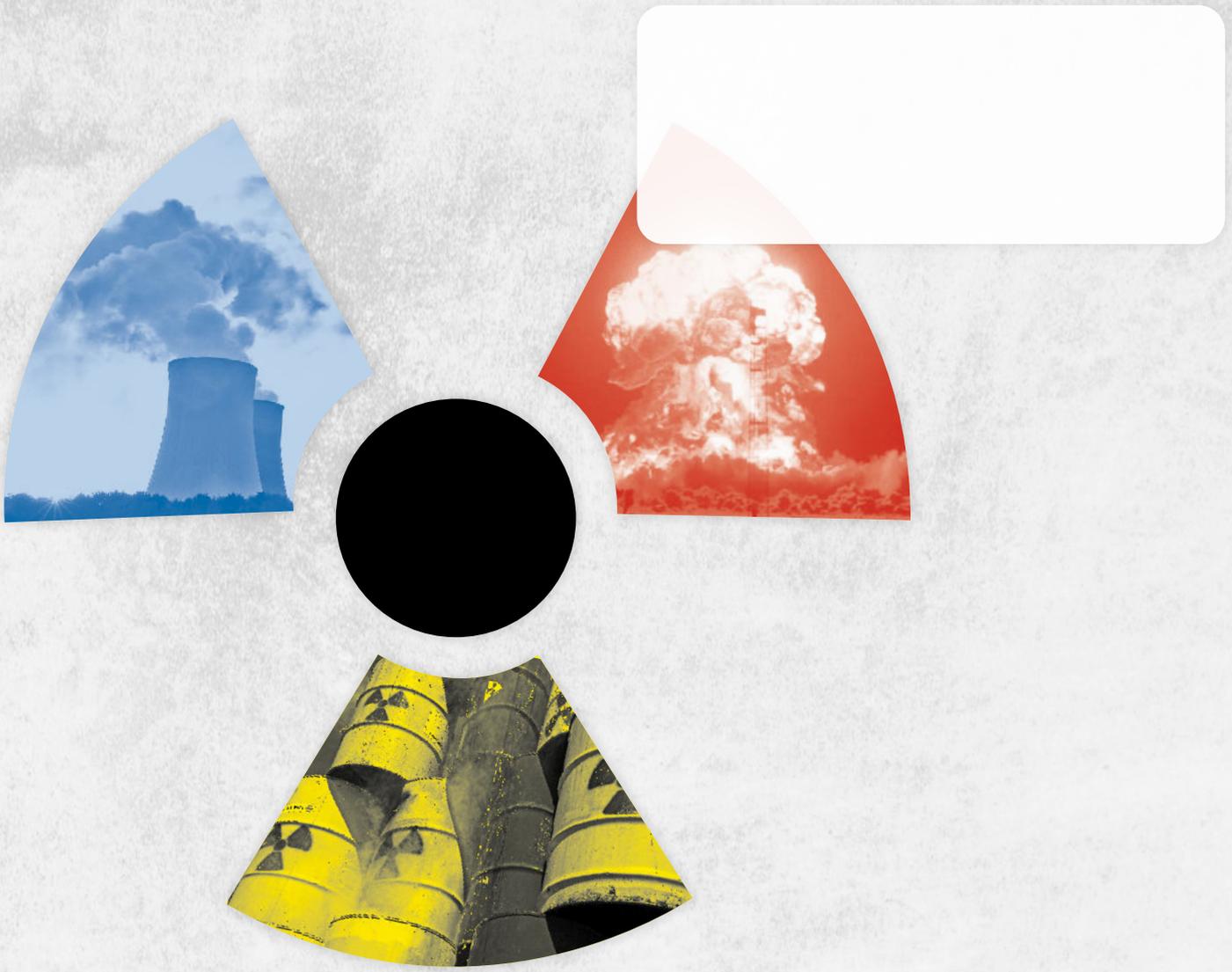
Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität. Bundesweite Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin. Mehr unter: ippnw.de/frieden



**FÜR EINEN
GERECHTEN
FRIEDEN
IN GAZA**



JETZT UNTERSCHREIBEN!



Fachtagung Nuklearer Fallout

Freitag, 25.10.24 | Hannover

Ökologische, ökonomische und soziale Auswirkungen
des zivil-militärischen Atomkomplexes

Weitere Infos & Anmeldung:
www.atommuellreport.de

